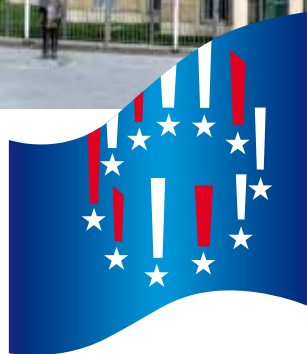


25



## Politische Bildung bekommt ganz Europa!

Vierte Neujahrstagung und Anlass zum Feiern: 25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW e.V.  
Januar 2014





## Die Tagung im Überblick

12:00 Uhr Imbiss

13:00 Uhr stimme pur - Musik und Improvisation

13:15 Uhr Begrüßung durch Carina Gödecke, Präsidentin des Landtags

25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW e.V.  
Elke Hülsmann, Geschäftsführerin DGB-Bildungswerk NRW

13:45 Uhr Europa braucht politische Bildung  
Prof. Dr. Dieter Gnahs, Universität Duisburg-Essen

14:15 Uhr Pause

14:30 Uhr Unser Beitrag für die politische Bildung in Europa

Forumsdiskussion mit

- Prof. Dr. Fabian Virchow, Fachhochschule Düsseldorf
- Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung
- Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender DGB-Bezirk NRW
- Dr. Klaus Brülls, DGB-Bildungswerk NRW

15:30 Uhr Verabschiedung von Dr. Klaus Brülls

16:00 Uhr Ausklang bei Musik, Kaffee und Kuchen

Moderation: Tom Hegermann

Fotografie: Martin Lässig, Köln



## Gut eingestimmt

In der politischen Bildungsarbeit ist immer zweierlei gefordert: grundsätzliche Überlegungen und Planungen einerseits und ein gehöriges Maß an Spontaneität andererseits, die gehören einfach zusammen. Deswegen wollen wir diese Neujahrstagung, die mit dem 25-jährigen Bestehen des DGB-Bildungswerks hier in Nordrhein-Westfalen obendrein einen besonderen Anlass hat, auch genauso beginnen. Mit grundsätzlichen Positionen, die sehr spontan umgesetzt werden.

Sie haben bei Ihrer Ankunft einige Stichworte aufgeschrieben, was Sie eigentlich mit politischer Bildungsarbeit verbinden und welche Wünsche Sie an politische Bildungsarbeit haben. Einige davon nimmt jetzt Heide Bertram, sie ist nicht nur eine herausragende Sängerin, sondern obendrein auch sehr spontan, gemeinsam mit dem Gitarristen Stefan Wolke auf.



Tom Hegermann führte - wie immer souverän und unterhaltsam - durch die Tagung.



**Carina Gödecke**  
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen



## Bildung soll allen zugänglich sein

Heide Bertram: Ja, vielen Dank für Ihre Textvorlagen. Wir haben sie in diesem Zylinder gesammelt und werden jetzt einige davon für Sie und mit Ihnen gemeinsam musikalisch umsetzen ...

„Glück ist Talent für das Leben“ – Novalis

„Kunst macht Freude, aber auch viel Arbeit“

„Das Bildungswerk ist wie eine große Familie“

„25 Jahre – Silberhochzeit“

„25 Jahre wider das Unwissen“

„25 Jahre mehr Kraft für die Menschen in den Betrieben“

„Ein Hoch auf Klaus Brülls“

„Ein Prosit auf Elke Hülsmann“

„Ein Raum mit köstlichem Duft von Gnocchi“

„Ich will gleiche Chancen“

„Bildung für Kopf, Bauch und Seele“

„Kopfrechnen ist auch Bildung“

Tom Hegemann: Ein neues Jahr ist ja immer Anlass für viele Dinge. Zunächst einmal natürlich für gute Vorsätze. Vielleicht sind die langfristigen Vorhaben jedoch die Wichtigeren. Vielleicht ist es im neuen Jahr auch wichtig, nicht nur in die Zukunft zu schauen, sondern sich erst einmal darauf zu besinnen, was man schon hat. Und dann zu sehen, was das bedeutet und was man daraus alles machen kann.

Die politische Bildung, zumal die politische Bildung hier in Nordrhein-Westfalen und erst recht die Arbeit des DGB-Bildungswerk NRW, ist dafür ein gutes Beispiel. 25 Jahre dauert die jetzt an und davor hat es sie in anderer Form ja auch schon gegeben. In all den Jahren ist unendlich viel geleistet worden. Und deswegen wollen wir diese Neujahrstagung aus Anlass des 25-jährigen Bestehens nutzen, um zu sehen, wie gut und wie wichtig die politische Bildungsarbeit ist. Und da es bei Bildung im Kern ja auch immer um Lehren und um Lernen geht, die Frage stellen, wer denn was aus diesen Erfahrungen lernen kann.

Deswegen lautet das Motto der Tagung „Politische Bildung bekommt ganz Europa“, also wirklich im doppelten Sinne dieser Formulierung – ganz Europa muss sie bekommen und ganz Europa wird sie gut bekommen.

**In diesem Sinne: herzlich willkommen!**

„Bildung soll allen zugänglich sein. Man darf keine Standesunterschiede machen“, meinte bereits Konfuzius rund 500 Jahre vor Christus. Weil das aber – weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart – zu hundert Prozent umsetzbar war, ist es gut und gleichzeitig unverzichtbar, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine gut ausgebaute plurale Weiterbildungslandschaft haben. Weiterbildung als Recht auf ergänzende, nachholende, nachträgliche und zusätzliche Bildungsprozesse gehört bei uns einfach dazu. Und das ist wirklich gut so.

Bildung ist damit in Nordrhein-Westfalen in der Tat allen zugänglich. Man muss sich eben nur auf den Weg machen und den für sich selbst geeigneten, den passenden Weiterbildungsträger finden. Oder aber, der Weiterbildungsträger ist ein ganz besonderer und „bringt“ seine Teilnehmerinnen und Teilnehmer gleich mit. So wie etwa das DGB-Bildungswerk NRW, das als Bildungswerk der Gewerkschaften ja nicht nur einen klar definierten Bildungsauftrag, sondern auch eine genauso klar definierte und beschreibbare Zielgruppe besitzt. Die Angebote des DGB-Bildungswerk NRW richten sich vor allem an Betriebs-, Personalräte, Mitarbeitervertretungen und Vertrauenspersonen für schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und das seit 25 Jahren und mit großem Erfolg. Mit dieser anerkennenden Feststellung überbringe ich Ihnen, liebe Elke Hülsmann, stellvertretend für alle im DGB-Bildungswerk NRW Aktive zum 25-jährigen Bestehen die Glückwünsche unseres Landesparlaments. Selbstverständlich stelle ich Ihnen als Hausherrin unsere Villa Horion für diese Feierstunde sehr gerne zur Verfügung – jenen Ort, der wie kaum ein anderer nordrhein-westfälische Landesgeschichte und Landespolitik verkörpert.

Wir sind froh, dass die Villa Horion, die über vier Jahrzehnte Dienstsitz der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten war, seit einigen Jahren zum Landtag gehört und wunderbar geeignet ist, Jubiläen, wie das heutige, in angemessener Weise zu würdigen.

Verehrte Gäste, viele von Ihnen wissen, dass ich diese Grüße und Glückwünsche zu Ihrem Jubiläum nicht nur als Landtagspräsidentin, sondern vor allem in „alter“ Weiterbildungsverbundenheit überbringe. Denn mir geht es wie mancher und manchem, der heute gekommen ist: einmal Weiterbildung – immer Weiterbildung. Und das nicht nur als politisch-parlamentarische Zuständigkeit verstanden. Nein, ich bin ja eine aus Ihren Reihen. Und sogar eine, die aus der politischen Weiterbildung kommt. Deshalb kenne ich nicht nur das DGB-Bildungswerk NRW, sondern auch seinen langjährigen Leiter – Klaus Brülls – lange, gut und vor allem in unterschiedlichen Rollen und Zuständigkeiten. Lieber Klaus, es ist mir eine ganz besondere Freude, dass ich Euch und Eure Gäste heute hier begrüßen darf.

Liebe Gäste, wie feiern heute 25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW. Das heißt nun nicht, dass es erst seit 25 Jahren gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in NRW gibt. Nein, diese Notwendigkeit haben die Gewerkschaften schon mit Gründung unseres Landes vor über sechs Jahrzehnten gesehen. So genehmigten die Alliierten bereits 1945 die Gründung demokratischer Parteien und Gewerkschaften und wiesen im Potsdamer Abkommen der Bildungsarbeit eine wichtige Rolle für den Aufbau der Demokratie zu. Die

Folge war der Aufbau eines pluralistisch organisierten Erwachsenenbildungswesens, das sich vor allem der politischen Bildung widmen sollte, um Demokratisierungsprozesse in der Bevölkerung zu unterstützen. Politische Bildung sollte die Menschen nicht nur dazu befähigen, politische und gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten, sondern vor allem auch dazu, sie aktiv zu gestalten. Daran hat sich gewerkschaftliche Bildungsarbeit immer orientiert. In seiner heutigen Form – als Bildungsträger – kann das DGB-Bildungswerk NRW nun immerhin auch schon auf eine 25-jährige erfolgreiche politische Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen zurückblicken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss heute im 21. Jahrhundert kein Prophet sein, sondern eigentlich nur Realist, um den Bedarf an Erwachsenenbildung auch für die weitere Zukunft festzustellen. Denn Weiterbildung gewinnt durch den raschen Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft immer mehr an Bedeutung. Das gilt auch und gerade für politische Bildung, denn die Zusammenhänge in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik werden immer komplexer.

Dabei ist es gut, dass das DGB-Bildungswerk NRW sich als Teil der Gewerkschaftsbewegung versteht und deshalb besonders großen Wert auf die Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Ar-



Nicht ohne Stolz sage ich deshalb: Das DGB-Bildungswerk NRW ist der größte und wichtigste Anbieter von politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen.

- Rund 45.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen jedes Jahr an den Seminaren teil.
- Über 2.000 Referentinnen und Referenten sind ausgewiesene Fachleute und kommen ganz überwiegend aus der Praxis als Mitglieder von Betriebs- oder Personalräten, Mitarbeiter-, Jugend- und Auszubildenden- oder Schwerbehindertenvertretungen.



- Und das alles organisieren rund 60 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Düsseldorf sowie in der Zweigstelle in Recklinghausen und im Rudi-Eilhoff-Bildungswerk in Dortmund. Ihnen gelten heute meine besonderen Grüße und Glückwünsche.

beitnehmer legt. Wir alle wissen: Politische Bildung ist für unsere Demokratie unverzichtbar. Ein demokratisches und soziales Gemeinwesen braucht Beteiligung und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in Betrieb und Gesellschaft und eine kritisch solidarische Auseinandersetzung für eine lebenswerte Arbeitswelt von morgen. Dieser Aufgabe stellt sich das Bildungswerk der Gewerkschaften in NRW als Dienstleister, Gestalter und Motor politischer Bildung. Es ist kompetenter Partner für alle, die heute und in Zukunft Verantwortung für eine demokratische und soziale Gesellschaft übernehmen.

25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW – das alleine wäre schon ein schöner und passender Grund, um sich hier zu versammeln, um sich gemeinsam zu erinnern und um schließlich gemeinsam zu feiern.

25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW ist aber vor allem auch ein guter Anlass, um erneut heute und hier auf die gewünschte und geförderte Pluralität unserer Weiterbildungslandschaft hinzuweisen:

- auf die Vielzahl der unterschiedlichen Träger und Einrichtungen,
- auf die permanente Weiterentwicklung der Träger und ihrer Angebote, also auf das hohe Innovationspotential,

- auf die differenzierte und maßnahmengestützte Zielgruppenorientierung
- und vor allem auf einfach alles, was unsere Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen auszeichnet.

Deshalb verbinde ich meine Grüße und Glückwünsche am heutigen Tag gleichzeitig mit einem großen Dank an alle Träger, besonders aber natürlich an das DGB-Bildungswerk NRW. Denn es hat für unser Parlament im Reigen der Weiterbildungsträger einen großen Stellenwert und eine hohe Bedeutung. Insbesondere die gewerkschaftliche Weiterbildung hat mit ihrem Engagement immer wieder deutlich gemacht, welches Gewicht das Recht für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf politische Bildung und Weiterbildung hat. Denn nur wer die politischen und wirtschaftlichen Strukturen von Macht versteht, kann an ihrer Veränderung mitwirken.

25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW ist zugleich ein schöner Anlass, um auf die hohe Bedeutung und die nach wie vor unbestrittene Aktualität und Qualität unseres Weiterbildungsgesetzes, das ja selbst auch schon etwas in die Jahre gekommen ist, hinzuweisen. Unser WbG ist modern und vielbeachtet und die kommunale Pflichtaufgabe stellt für die Einrichtungen in anderer Trägerschaft die Zukunftsgarantie dar. Alle Evaluationen und Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt: Der Weiterbildung in NRW kann man nur ein Zeugnis ausstellen, nämlich ein gutes. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass wir gemeinsam verabredet haben, die im Gutachten des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung vorgeschlagenen Optimierungs- und Entwicklungsperspektiven zu erarbeiten, zu entwickeln und zu gestalten.

Die Gesellschaft verändert sich, die Anforderungen an Weiterbildung verändern sich, die Herausforderungen innerhalb der Weiterbildung haben sich verändert, die Weiterbildungsbeteiligung ist noch immer relativ gering, also mit anderen Worten, es gibt viel zu tun – und wir werden es gemeinsam anpacken. Dabei setzen wir auch auf die Erfahrungen und die Kompetenzen der Gewerkschaften. 25 Jahre sind also kein Grund, sich zur Ruhe zu setzen, sondern vielmehr Ansporn, sich weiter aktiv einzumischen. Darauf freuen wir uns.

Am Geburtstag und im Jubiläumsjahr blickt man aber nicht nur zurück, sondern zugleich auch nach vorn. Ich bin ganz sicher: Das DGB-Bildungswerk NRW hat beste Voraussetzungen und hervorragende Chancen, das eigene Profil und die eigene Botschaft weit über die Schulung von Betriebsräten hinaus weiter zu entwickeln und zu kommunizieren – denn an Themen für die Weiterbildung mangelt es keinesfalls:

- die Rolle der Zivilgesellschaft,
- die Veränderungen der Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen,
- die demografische Entwicklung,
- Kinderarmut,
- Rechtsextremismus,

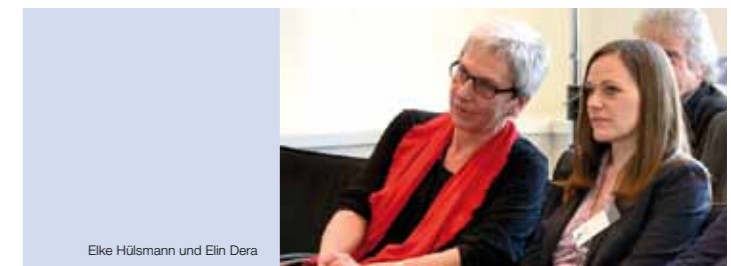
um nur einige zu nennen; die Liste ließe sich leicht fortsetzen. Wichtig bleibt: Alle Akteursebenen müssen Anstrengungen dahingehend unternehmen, dass politische Bildung wieder ein stärkeres politisches Gewicht erhält.

Dann können auch Demokratisierungsprozesse neu in Gang gesetzt werden. Ziel muss sein, Menschen den Sinn eines demokratischen Gemeinwesens wieder näher zu bringen. Das heißt, die Ideen der Demokratie als Staatsform und als Lebensform stärker miteinander zu verbinden. Es bleibt also noch viel zu tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das DGB-Bildungswerk NRW leistet einen unverwechselbaren wertvollen Beitrag zur politischen Bildung und trägt damit zur Demokratisierung aller Lebensbereiche bei. Wie sagte Oskar Negt so schön: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsform, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.“ Genau das lebt das DGB-Bildungswerk NRW uns seit 25 Jahren vor.

Und nun bin ich endlich an der Stelle angekommen, wo ich von Herzen danken will:

Mein Dank, mein Respekt und meine Anerkennung gelten – neben den Verantwortlichen in der Geschäftsführung – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im DGB-Bildungswerk NRW. Ich habe bei meiner Arbeit viele dieser verantwortlichen Menschen kennen- und schätzen gelernt. Ihnen gilt mein Dank für Ihre engagierte politische Bildungsarbeit.



Danken will ich aber vor allem einem Mann, den wir heute offiziell aus der aktiven hauptamtlichen Arbeit im DGB-Bildungswerk NRW verabschieden werden. Ich danke ganz herzlich Klaus Brülls für alles, was er hier im DGB-Bildungswerk NRW und für die Weiterbildung in NRW ganz generell getan, geleistet und manchmal auch ertragen hat. Ohne Dich, lieber Klaus, wird es anders werden. Aber so ist das Leben. Und wie sagen wir immer unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern: ohne Veränderung kommt es zum Stillstand. Deshalb ist ein Abschied ja immer auch ein Einstieg. Danke Klaus und Ihnen allen, sehr verehrte Gäste, wünsche ich persönlich weiterhin Erfolg und Freude bei Ihrem wichtigen Tun.

**Herzlichen Dank.**



**Elke Hülsmann**  
Geschäftsführerin DGB-Bildungswerk NRW

## Elke Hülsmann: Ja, da machen wir weiter!

Es ist schon beeindruckend. Und das Stichwort „Familientreffen“ scheint mir sehr schön und treffend für diesen Tag – es ist ein Familientreffen. Auch wenn ich am 1. Januar ganz offiziell die Nachfolge von Klaus Brülls angetreten habe, kennen mich viele von Euch und Ihnen doch schon deutlich länger, und ich freue mich, dass wir uns jetzt wieder begegnen.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Carina, Du hast gerade so viel Gutes und Richtiges angesprochen, so klar und selbstverständlich in Deiner überzeugenden Haltung – dafür möchte ich ein herzliches Dankeschön sagen. Und ergänzen: Ja! Da machen wir weiter!

Danke, dass wir heute an diesem prominenten Ort tagen dürfen. Auch das ist eine Botschaft, dass wir heute unser Jubiläum in der Villa Horion feiern können. Ich begrüße Sie und Euch dazu aufs Herzlichste. Einige der Anwesenden möchte ich gerne namentlich nennen:

Die Sprecherin des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Renate Hendricks. Marlies Stotz, Experte für Bildungspolitik und ebenfalls Mitglied des Landtags NRW.

Rainer Thiel, SPD-Abgeordneter im Landtag. Auch er gehört zu den vielen Fördermittelbefürwortern, die wir haben, denn wir finanzieren uns ja nicht ausschließlich aus den Gewerkschaften. Zu diesem wichtigen Unterstützerkreis zählen auch Herr Dr. Heinemann vom Schulministerium und seine Chefin Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung.

Maria Springenberg-Eich, Landeszentrale für politische Bildung und im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW.

Ralph Zinnikus von der Bezirksregierung Düsseldorf, zuständig für Weiterbildung.

Und natürlich sind aus der Weiterbildungsszene heute ganz

viele hier; viele von Euch engagieren sich mit hoher Konstanz und Kontinuität über all die Jahre für unser wichtiges gemeinsames Thema. Stellvertretend begrüße ich die beiden Sprecher des Gesprächskreises der Landesorganisationen der Weiterbildung, Doris Sandbrink und Reiner Hammelrath.

Euch und Ihnen allen ein herzliches Dankeschön und ein herzliches Willkommen!

Ja, was wäre ein DGB-Bildungswerk NRW ohne die Gewerkschaftsfamilie? Aus dieser Familie sind heute so viele da, dass ich jetzt nur unsere aktiven Vorstandsmitglieder begrüße:

Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender des DGB NRW, Elin Dera von der IG Metall NRW, Monika Schwarz von ver.di und Viola Denecke von der IG BCE. Schön, dass Ihr hier seid!

Ein herzliches Willkommen auch allen Referentinnen und Referenten, den hauptamtlichen und den ehrenamtlichen. Ich finde es großartig, dass und wie Ihr Euch einbringt, auch heute einbringt, mit Eurem Fachwissen, mit persönlicher Erfahrung, mit beruflicher Praxis und immer dem Anspruch folgend, up to date zu sein bei all diesen Veränderungen. Danke für Euer Engagement!

### Ohne Wurzeln keine Flügel

In den letzten Tagen habe ich mit vielen darüber gesprochen, wie das damals vor 25 Jahren war, und was in diesen 25 Jahren DGB-Bildungswerk NRW alles passiert ist. Dabei sind viele Anekdoten zusammengekommen. Und ich bin froh, dass wir heute zu Beginn schon Zeit hatten, darüber zu plaudern und dass es im Anschluss auch noch die Gelegenheit dazu gibt.

Manche meinten, ich sei im Urschleim des Bildungswerks unterwegs gewesen, weil ich die ganz alten Protokolle las. Wie kam es eigentlich dazu, dass ein Verein gegründet wurde? Das

hat mich interessiert. Carina Gödecke sagte vorhin, ihr habt das als Gewerkschaften ja von Anfang im Blick gehabt, dass politische Bildung konstitutiv fest in dieser Gesellschaft verankert wird; das war kein selbstverständlicher Weg. **Schon 1975 wurde mit dem Weiterbildungsgesetz die Abteilung Bildung des DGB Landesbezirks, damals schon unter der Leitung von Hans-Erich Brehmes, als Weiterbildungseinrichtung nach dem WbG anerkannt.** Rechtlich war das nicht ganz unproblematisch, eine Abteilung eines Dachverbandes der Gewerkschaften als Weiterbildungseinrichtung anzuerkennen. Aber alles lief gut, bis uns das AWbG auf die Füße fiel. Lange, lange gefordert, war es endlich da: **Am 01.01.1985 trat das Arbeitnehmer-Weiterbildungsgesetz in Kraft**, und dann ging der Ärger los.

Das darf man nicht vergessen, darf nicht drüber hinwegsehen. Es war ja nicht nur der Bildungsurlaub als solcher, allein der Begriff war schon emotional aufgeladen, der politisch hoch umstritten war. Wir mussten tatsächlich über Inhalt und Reichweite der Bildungsarbeit der Gewerkschaften streiten. Konnte ein DGB wirklich sicherstellen, dass unsere Angebote im Sinne des Weiterbildungsgesetzes offen waren für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Wo war eigentlich der Unterschied zwischen einer gewerkschaftlichen Bildung und einer politischen Bildung? Kann es denn sein, dass öffentliche Weiterbildungsmittel aus dem WbG in die Gewerkschaften fließen und Funktionärsschulungen subventionieren? Diese Fragen bewegten die Gemüter. Da ist inhaltlich gerungen worden; es wurden sogar mehrere Prozesse geführt und Gerichte haben gesprochen. **1986 gab es einen ersten Versuch** zu sagen, wir nennen die Konstruktion jetzt Bildungswerk und wir versuchen, eine Satzung zu formulieren. Aber es wurde klar, das funktioniert so nicht. **Im Februar 1988 wurde dann im DGB der Beschluss gefasst: Ja, wir brauchen eine eigenständige Weiterbildungseinrichtung.** Wir brauchen ein DGB-Bildungswerk NRW, kümmert euch mal. Der Auftrag ging wieder an Hans-Erich

Brehmes, als Abteilungsleiter, und an Walter Haas: Kümmert euch mal, wie ihr da eine Konstruktion schafft, die tragfähig ist, politisch, inhaltlich, personell und finanziell souverän und auch rechtssicher durchgesetzt werden kann.

**Dezember 1988, die erste Mitgliederversammlung.** Von 27 Mitgliedern waren 26 vertreten – ausschließlich Männer! Alle, denen ich das in den letzten Tagen erzählte, sagten mir: „Ja klar, war doch damals so.“ Walter nickt ... klar, das war so. Da saßen Gewerkschaften am Tisch, da müssen wir heute schon lange überlegen, wer das denn eigentlich war. Eine GTB, eine DPG, eine IG CPK, eine IG BE, eine HBV, eine ÖTV, eine IG BSE. Zwei Zeitzeugen aus der Gründungsrunde von damals sind heute anwesend, Walter Haas, ihn habe ich schon angesprochen, war Gründungsmitglied und viele Jahre Mitglied des Vorstandes, und Walter Mielke. Und dann musste ich in den letzten Tagen jemanden daran erinnern, einen unserer heutigen Mitarbeiter: Sag mal, weißt du eigentlich, dass du bei der Gründung auch dabei warst? Unser Kollege und Mitarbeiter Jürgen Offermann saß damals für die NGG mit am Tisch.

**Vereinsregistereintrag 1989.** Im ersten Jahr wurden spannende Sachen bewegt. Da ging es weniger um das Politische, da ging es erstmal darum, den Wagen ans Laufen zu kriegen. „Woher bekommen wir denn eine technische Grundausstattung? Hey, wir sorgen dafür, dass Siemens-PCs angeschafft werden“, ist in den Protokollen nachzulesen. Was ist daraus geworden? Es waren die ersten. Und Personalfragen mussten geklärt werden. Das erste Team bestand ja wirklich aus Beschäftigten des DGB. Und die mussten jetzt in so einen Verein wechseln und sorgten sich um ihre Arbeitsverträge. Was passierte denn damit, wie geht man denn damit um? Ich glaube, das hat viel Schweiß und Mühen gekostet. Eine Kollegin ist heute hier, die hat immer noch zwei Arbeitsverträge, nämlich einen ruhenden mit dem DGB und einen mit dem DGB-Bildungswerk NRW: Ulrike Gleichmann. Wir haben schon die



Vermutung angestellt, dass es daran liegt, dass Ulrike so viel arbeitet, weil sie zwei Arbeitsverträge hat. In der Düsseldorfer Zentrale arbeiteten damals sechs HpM, einschließlich der Geschäftsleitung. Heute sind wir 60.

**Am 26.07.1989 wurde beschlossen, wir stellen eine weitere HpM ein,** die hieß Elke Hülsmann und die folgte auf Reiner Thiel, der heute Mitglied des Landtages ist.

Damals war der Bildungsurlaub das Riesenthema, mit dem wir uns beschäftigten. Das waren unsere Inhalte in der politischen Bildung. **1991 haben wir 38 Bildungsurlaubsseminare durchgeführt und 22 Betriebsräteseminare. Heute nehmen rund 45.000 Teilnehmer jährlich an unseren Seminaren teil.** Da hat sich was bewegt! Das eigentliche Wachstum des Bildungswerks ist auf gewerkschaftspolitische Anforderungen zurückzuführen:

**1994 Privatisierung der Bahn, 1995 der Post,** brachten enorme Schulungsbedarfe bei den Interessenvertretungen. Da haben wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften richtig ins Zeug gelegt. Die ersten Zweigstellen wurden gegründet, Recklinghausen und Wuppertal. **1996 der IG Metall-Organisationsprozess,** in dem es auch darum ging, die Bildungsarbeit der IG Metall neu aufzustellen. Da haben engagierte Leute lange Gespräche geführt, Jochen Stobbe aus Gevelsberg, Alfons Eilers aus Hattingen, Erich Bach vom IG Metall Vorstand, heute unser Revisor, Petra Beil, die später unser Vorstandsmitglied wurde, Klaus Brülls und Udo Göbel saßen zusammen und haben überlegt, wie machen wir das? Und am Ende vieler, vieler Verhandlungen gab es den ersten Kooperationsvertrag mit der IG Metall. Aus diesem zarten Pflänzchen sind bis heute 20 Verträge geworden. Ich kann heute nur noch mal im Nachhinein sagen: Danke für das Vertrauen damals und dass unsere Kooperation so konstruktiv wachsen konnte.

**2000/2001 die ver.di-Gründung** am Horizont. 2000 gab es die ersten Gespräche über eine Zusammenarbeit, 2002 haben wir schon die ersten 100 Seminare für ver.di geplant.

**Im Jahr 2000 haben wir begonnen, Projekte zu entwickeln.** Dazu Mittel aus Europa, dem Bund und Nordrhein-Westfalen einzusetzen und auch über Projekte, insbesondere in der Region Emscher-Lippe, unseren Beitrag zur Humanisierung und zur Demokratisierung der Arbeitswelt zu leisten.

### Gemeinsam weiterbilden

Das ist mir ganz wichtig zu sehen und zu sagen: Das Wachstum des DGB-Bildungswerk NRW, die Kooperationen mit den Gewerkschaften, mit anderen Partnern, mit Landesorganisationen, mit befreundeten und konkurrierenden Trägern – sie fusen immer auf zwei Säulen: der Qualifizierung der betrieblichen Interessenvertretungen, die über die Jahre enorm an Bedeutung und Volumen gewonnen hat, und der politischen Bildung, die jedem und jeder in diesem Land offen steht. Sie ist und bleibt für uns Verpflichtung. Denn niemand wird als Demokrat geboren, Demokratie muss täglich neu geübt werden. Deshalb sind wir froh über die Strukturen, die Du, liebe Carina Gödecke, vorhin benannt hast, das WbG und das AWbG, auf die wir zurückgreifen können.

Wir sind nicht irgendein Bildungswerk, wir sind nicht irgendeine Organisation, wir sind auch Lobby-Organisation für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen – und das wollen wir bleiben. Deshalb werden immer wieder entsprechende Aktionen durchgeführt. 1994 haben wir sogar eine Urkunde von Kultusminister Hans Schwier für besondere Leistungen in der Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen bekommen. „Bildungsurlaub – 5 Tage, die den Kopf verändern“, hieß die Aktion; die Volkshochschulen waren dabei, „Arbeit und Leben“ war dabei.

Wir sind Dienstleister, Gestalter und Motor für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Wir arbeiten weiter in der Szene, in Gremien, in den Netzwerken; wir machen das für 45.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und mehr, denn nach oben ist noch Luft. Alle Interessierten sind eingeladen, dabei zu sein, damit wir das erreichen, was wir im Sinne eines demokratischen Landes erreichen wollen. In diesem Sinne begrüße ich Dieter Gnahs, der uns jetzt seine Ausführungen zur Forderung „Europa braucht politische Bildung!“ vorstellen wird. Damit zeigen wir auch heute, dass wir nicht nur feiern, nicht nur Nabelschau betreiben. Wir denken weiter, wir wollen nach vorne, da stehen Themen an, denen wir uns stellen, mit welchen Formaten auch immer. Wir bleiben Euch als Bildungswerk erhalten.

**Ich wünsche uns allen einen schönen Nachmittag.**

# Dieter Gnahs: Europa braucht politische Bildung

## Verehrte Damen und Herren,

der folgende Beitrag gliedert sich in drei Teile: Es gibt einen Rückblick, der Scham und Trauer auslöst über das, was als Erregung preisgegeben wurde oder verlorengegangen ist. Es folgt eine Gegenwartsbeschreibung, die im Kontrast zum Rückblick ernüchternd ausfällt, aber auch großen Handlungsbedarf zeigt. Schließlich signalisiert ein Ausblick Möglichkeiten und Notwendigkeiten, an Traditionslinien anzuknüpfen als Alternative zu einer neoliberal und technokratisch verformten Bildungspolitik.

I Danach weist Bildung als Formung zum Menschen zuerst einmal auf Humanität. Sie ist „Kampfansage gegen die ständischen Privilegierungen wie gegen jede soziale Privilegierung und Ausdruck für eine auf aktive Umgestaltung der sozialen Lebensbedingungen bezogene Haltung, durch die allen zuteil werden sollte, was als menschlich postuliert worden ist“ (ebd., S. 29 f.).

I Zweitens wird die Bildungsvorstellung mit der autonomen und freien Person oder Individualität in Verbindung gebracht. Sie äußere sich in der Selbstständigkeit und Freiheit



Prof. Dr. Dieter Gnahs,  
Universität Duisburg-Essen

## Rückblick

Auftrag, Ziel und Inhalt politischer Bildung sind vergleichsweise unstrittig. Ein Definitionsbeispiel aus dem gewerkschaftlichen Raum sei an dieser Stelle erwähnt:

„Politische Bildung soll dazu beitragen, dass Menschen ihr soziales Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Dazu gehört das Erkennen der eigenen Interessenlagen, das Entwickeln politischer Orientierungen und der Aufbau all jener Kompetenzen, die für praktisches politisches Handeln erforderlich sind.“ (Allespach/Meyer/Wentzel 2009, S. 13)

Vergleichbare Abgrenzungen finden sich in der Literatur (vgl. zum Beispiel Sander 2010, S. 240; Becker/Krüger 2010, S. 636; Wattler 2005, S. 29). Begrifflichkeit und Praxis speisen sich aus dem Geist der Aufklärung, der formelhaft in Kants Leitspruch „Sapere aude“ („Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“) zum Ausdruck kommt (vgl. dazu Hufer 2013 und Negt 2013). Damit knüpft der Begriff „politische Bildung“ unmittelbar an den emanzipatorischen Bildungsbegriff an, wie ihn Willy Strzelewicz in einem Schlüsselwerk der 1960er Jahre („Bildung und gesellschaftliches Bewusstsein“) ausgeführt hat (vgl. Strzelewicz/Raapke/Schulenberg 1966, S. 1-38) :<sup>1</sup>

zur kritischen Distanzierung von den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Strukturen. „Diese werden sozialhistorisch transparent gemacht und erscheinen als Aufgabe für die Anstrengungen um Humanisierung und Demokratisierung menschlichen Daseins. Die Reflexion auf die gesellschaftlichen Bedingungen und ihre Veränderlichkeit wird zu einem konstituierenden Element von Bildung“ (ebd., S. 30).

I Gefordert wird drittens eine allseitig entfaltete Persönlichkeit, die nicht durch eine übertriebene Spezialisierung in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt sei (vgl. ebd., S. 31).

I Der vierte Aspekt des Bildungsbegriffs stellt ab auf eine nicht-autoritäre Persönlichkeitsauffassung, es geht um intellektuelle Rechtschaffenheit und kritische Selbstständigkeit. „Eine in diesem Sinne gebildete Person entwickelt das Optimum an relativer Autonomie gegenüber allen autoritären Manipulationsversuchen und damit auch das Optimum an Widerstandskraft gegen jede vorurteilshafte Einstellung“ (ebd., S. 35).

Der so gefasste Bildungsbegriff ist zwar eine Spezialität des deutschsprachigen Raums, war aber durchaus in den 1970er Jahren anschlussfähig an damals diskutierte internationale Be-

<sup>1</sup> Die Darstellung folgt Gnahs 2010a, S. 22.

griffswelten. Schon 1960 führte die UNESCO-Weltkonferenz in Montreal den Begriff des lebenslangen Lernens ein und verband dies mit einer Aufwertung der Weiterbildung: „Weiterbildung sollte in umfassender Weise einen Beitrag zum sozialen Wandel und damit zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten.“ (Olbrich 2001, S. 365) Weitere Etappen zur Ausformung und Präzisierung des frühen Begriffs des lebenslangen Lernens sind die Analyse von Coombs (1967: „Die Weltbildungskrise“), das Konzept von Lengrand (1970: „Permanente Erziehung“), das Konzept des Europarates (1971: „éducation permanente“), das Programm der OECD (1973: „recurrent education“) sowie der Faure-Report (1973: „Wie wir leben lernen. Das Konzept der Lerngesellschaft“) (vgl. ausführlich Fischell 2013, S. 100ff. sowie Schuetze 2005, Knoll 1998 sowie Olbrich 2001, S. 364ff.).

(z. B. Gesamtschule, Berufsakademien), Initiierung von Neuerungen und deren Erprobung in Modellversuchen, Intensivierung der Forschung und Planung und deren institutionelle Absicherung. Die staatliche Ebene initiierte und exekutierte in dieser Phase weitreichende Strukturreformen, gestaltete aktiv die Bildungslandschaft und formierte darüber hinaus ein offensives und emanzipatives Bildungsverständnis.<sup>3</sup>

In der beschriebenen Reformphase der frühen 1970er Jahre hatte auch die politische Bildung einen hohen Stellenwert, galt es doch, wie in den programmatischen Dokumenten ausgeführt, die Demokratie zu stärken, die Humanisierung der Gesellschaft und insbesondere auch des Arbeitslebens voranzutreiben und die politische Teilhabe von möglichst allen Bevölkerungsguppen zu erweitern. Die hohe Anerkennung die-



Diese Initiativen zielten auf individuelle Emanzipation, auf die Stärkung der Demokratie, auf die Verbesserung der Chancengerechtigkeit und die damit verbundenen Bildungsreformen. Der Wiederhall in der Bundesrepublik Deutschland war beträchtlich. Zwei „Wort-Ikonen“ aus dieser Zeit verdeutlichen die Aufbruchsstimmung: Willy Brandts Satz aus seiner Regierungserklärung 1969 „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und Ralf Dahrendorfs Buchtitel „Bildung ist Bürgerrecht“<sup>2</sup>.

Es blieb nicht bei Proklamationen und Absichtserklärungen: In Gang gesetzt wurde eine Bildungsreform, die in Dimension, Intensität und Aufwand keine Vorlage in der neueren Geschichte Deutschlands findet. Bund und Länder setzten seinerzeit ein breit gefächertes Instrumentarium ein, um das gesamte Bildungswesen zu reformieren und international wettbewerbsfähig zu machen: Gesetzgebung (z. B. Arbeitsförderungsgesetz, Berufsbildungsgesetz, Ländergesetze zur Weiterbildung und zum Bildungsurlaub), Bau, Ausbau, Modernisierung und Neugründung von Bildungseinrichtungen, Einstellung und Finanzierung von zusätzlichem Personal, Curriculumrevisionen und -neuentwicklungen, bildungsorganisatorische Veränderungen

ses Bildungssegments schlug sich auch in einer exponierten Förderung durch viele Landesgesetze für Weiterbildung und im Ansehen und Status der Planenden und Lehrenden nieder. Politische Bildung kann für diese Zeit als die „Königsdisziplin“ der Erwachsenenbildung gelten (vgl. Gnahs 2013, S. 186).

Die mit dem Bildungsbegriff und dem emanzipativ-demokratisch unterlegten Begriff des lebenslangen Lernens verbundenen Werte feierten im Epochenjahr 1989 – durchaus auf Höhe mit 1789 – einen kaum für möglich gehaltenen Triumph: Der Eiserne Vorhang fiel, der sogenannte Ostblock brach zusammen, und Deutschland wurde wiedervereinigt. Im Gründungsjahr des DGB-Bildungswerk NRW siegte die Freiheit über Bevormundung und Knechtung, siegte das Individuum über das Kollektiv, siegte die Demokratie über Diktatur und Einparteiherrschaft, setzten sich Diskurs und Überzeugungsarbeit gegen Dumpfheit und Kadavergehorsam durch, wanderten Menschenschinder und Schnüffler ins Gefängnis, während die Opfer der kommunistischen Herrschaft frei kamen. In ganz Europa herrschte Jubelstimmung; ein neues, optimistisches Lebensgefühl machte sich breit.

Doch der schöne Schein trog: Am Ende hatte der global agierende Turbokapitalismus die Oberhand behalten, und eine Renaissance nationalistischen Denkens setzte ein.

### Momentaufnahme

Heute spielt der Bildungsbegriff nur noch eine sehr nachgeordnete Rolle, politisch leitend ist er nicht mehr. Er ist abgelöst worden durch scheinbar neutrale Begriffe wie „Lernen“ und „Kompetenz“. Diese Abkehr vom Bildungsbegriff ist unterstützt und beschleunigt worden durch europäische Entwicklungen. Nach einer längeren Phase der Nichtbeachtung feierte der Begriff des lebenslangen Lernens zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Wiederbelebung – allerdings mit neuer Akzentsetzung. Mit dem „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (Memorandum on Lifelong Learning) vom Oktober 2000 wird postuliert, „dass der erfolgreiche Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft mit einer Orientierung zum Lebenslangen Lernen einhergehen muss“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2000, S. 3; im Original fett). Der Wirtschaftsraum der EU wird damit um den Aspekt des Bildungsraums als Grundlage für eigene Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Maßstab erweitert.

Diese internationale Diskussion findet ihre Entsprechung auch auf der nationalen Ebene. Mit der „Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“ (BLK 2004) haben der Bund und die Länder ein Rahmenkonzept präsentiert, welches Ansatzpunkte liefert, „wie das Lernen aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, an verschiedenen Lernorten und in vielfältigen Lernformen angeht und unterstützt werden kann“ (ebenda, S. 5 und S. 14). Es werden acht Entwicklungsschwerpunkte genannt (vgl. ebenda, S. 14ff.), die traditionelle Sichtweisen (z. B. chancengerechter Zugang) mit neuen Akzenten (z. B. Selbststeuerung, neue Lernkultur) verbinden:

- Einbeziehung informellen Lernens,
- Selbststeuerung,
- Kompetenzentwicklung,
- Vernetzung,
- Modularisierung,
- Lernberatung,
- neue Lernkultur/Popularisierung des Lernens,
- chancengerechter Zugang.

Befeuert und gestützt wird diese neue Sicht auf das Lernen durch eine Reihe von gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Trend zur Individualisierung, das Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Internationalisierung bzw. Globalisierung unseres Lebens, aber auch die konstruktivistisch geprägte Erklärung menschlichen Lernens und die damit

verbundene abnehmende Bedeutung der Lehre. Die Relevanz von formalisierten Bildungslaufbahnen wird relativiert, indem verstärkt die tatsächlich abrufbaren Kenntnisse und Fähigkeiten in den Mittelpunkt gerückt werden.

Das Konzept vom Lebenslangen Lernen verheißt auf den ersten Blick mehr Selbststeuerung, Wahlfreiheit, Flexibilität und Gestaltungsspielräume. Es ist aber auch schon sehr früh auf die „Schattenseiten“, Ambivalenzen und Konfliktlinien hingewiesen worden. Im Besonderen wird dies verdeutlicht durch die kritisch gemeinte Umformulierung zum „lebenslänglichen“ Lernen. Damit wird u.a. zum Ausdruck gebracht, dass die Individuen mit gesellschaftlichen Erwartungshaltungen konfrontiert werden, die einen Lerndruck erzeugen und die zu überfordernden Entscheidungszwängen führen können.



Die folgenden Fragen verweisen auf das Konfliktpotential eines Ansatzes, der auf Selbststeuerung, Kompetenzorientierung und informelles Lernen setzt:

- Sind alle Menschen gleichermaßen in der Lage, die geforderte Selbststeuerung (z. B. Auswahl der Lernziele, -inhalte und -strategien) zu leisten?
- Welche finanziellen Konsequenzen ergeben sich aus dem Rückzug der Bildungseinrichtungen für die Individuen?
- Wie können die Individuen die Selbstkontrolle ihrer Lernerfolge bzw. Lernfortschritte leisten?
- Wie wirkt sich der durch das Paradigma des Lebenslangen Lernens formulierte gesellschaftliche Erwartungsdruck auf das Lernklima und damit auch auf das Lernergebnis aus?
- Verschärfen die Kernpunkte des LLL-Konzepts (Selbststeuerung etc.) die soziale Selektivität von Bildung und vertiefen damit soziale Segmentation?
- Führt die Fokussierung auf Lernen zu einer Entwertung von Bildung als ganzheitlichem und wertebasiertem Konzept?

<sup>2</sup> Vgl. Dahrendorf 1965.

<sup>3</sup> Vgl. ausführlich Gnahs 2010b, S. 323f.

Wie ist die Effizienz und Effektivität von informellen bzw. selbstgesteuerten Lernprozessen im Vergleich zu organisierten Lernprozessen zu bewerten?

Parallel zum Bedeutungsverlust des Bildungsbegriffs verliert auch die politische Bildung an Einfluss und Gewicht. Die herausgehobene Förderung wird zurückgefahren, viele Einrichtungen der politischen Bildung geraten in Existenznot. Der politische Fokus liegt eindeutig auf der beruflichen Weiterbildung. Auch statistisch wird dieser Niedergang deutlich: Im Berichtssystem Weiterbildung macht die politische Bildung rund 1 % der Teilnahmen an allgemeiner Weiterbildung aus (vgl. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 39), ein Anteilswert der sich seit den 1990er Jahren auf diesem Niveau bewegt (vgl. Ambos 2010, S. 102). Bei den Volkshochschulen liegt der Unterrichtsstunden-Anteil bei unter 5 % und stellt damit das kleinste Fachgebiet dar (vgl. Huntemann/Ambos 2014, S. 90).

Die politische Bildung ist auch im Rahmen der WbG-Evaluation erhoben worden. Danach entfallen bei den Volkshochschulen 2 % des Gesamtangebotes in Unterrichtsstunden auf dieses Themenfeld, bei den anerkannten Einrichtungen ist dieser Anteil mit 7 % deutlich größer. Bei den nicht nach dem WbG anerkannten Einrichtungen spielt die politische Bildung nur eine marginale Rolle (vgl. DIE 2011, S. 135). Bei knapp über 50 % der befragten Volkshochschulen und knapp über 30 % Einrichtungen in anderer Trägerschaft wurde zwischen 2002 und 2008 ein Teilnehmerrückgang registriert; der Anteil mit Teilnehmerzuwachs in diesem Themenfeld betrug 27 bzw. 31 % (vgl. ebd., S. 138/139).

Diese Zahlen zeigen – durchaus auch in Übereinstimmung mit anderen Erhebungen –, dass die quantitative Bedeutung der politischen Bildung begrenzt ist. Es stellt sich aber die Frage, ob die statistisch gewählte Abgrenzung dieses Themenfeldes die tatsächliche Bedeutung korrekt widerspiegelt. Zu fragen ist im Besonderen:

- Welchen Umfang haben Maßnahmen der politischen Bildung jenseits des Seminarraums, also solche, die nicht in Unterrichtsstunden messbar sind?
- In welchem Umfang „versteckt“ sich politische Bildung in anderen Themenfeldern (z.B. im Fremdsprachenunterricht, in der beruflichen oder kulturellen Weiterbildung)?

Auch wenn bei der Interpretation der Zahlen noch Spielräume bestehen, so lässt sich nicht ausblenden, dass die politische Bildung einen Bedeutungsverlust hat hinnehmen müssen. „Es ist nicht übertrieben, von <gravierenden Defiziten>, von <Krisen> und sogar von einem <Desaster> zu sprechen.“ (Allespach/Meyer/Wentzel 2009, S. 14)

Auf der europäischen Ebene ist die politische Bildung vor allem im EU-Aktionsprogramm für Lebenslanges Lernen und dort im Programmbereich GRUNDTVIG verankert. Nach dem Adult Education Survey (AES) geben die Teilnehmenden an organisierter Weiterbildung zu 82 % berufliche und zu 18 % private Gründe an (vgl. v. Rosenblatt/Bilger 2008, S. 71). Der Anteil der politischen und kulturellen Bildung kann nur grob aufgrund der thematischen Zuordnungen eingeschätzt werden: Er dürfte im er-

sten Fall bei 2–5 % liegen, im zweiten Fall bei 10–12 % (vgl. ebd., S. 89). Das von GRUNDTVIG abgedeckte Themenspektrum deckt also nur einen vergleichsweise kleinen Teil des Weiterbildungsmarktes ab, sodass die im Vergleich zum Einzelprogramm LEONARDO deutlich niedrigere Mittelausstattung (4 % zu 25 % der Mittel des gesamten Aktionsprogramms „Lebenslanges Lernen“) in etwa dem Marktgewicht entspricht.

Hervorzuheben ist allerdings auch, dass die Europäische Union das, was politische Bildung vermitteln soll, als eine von acht Schlüsselkompetenzen adelt. Sie heißt dort „soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz“ und wird wie folgt definiert (Europäische Gemeinschaften 2007, S. 9):

„Diese Kompetenzen umfassen personelle, interpersonelle sowie interkulturelle Kompetenzen und betreffen alle Formen von Verhalten, die es Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften, und gegebenenfalls Konflikte zu lösen. Die Bürgerkompetenz rüstet den Einzelnen dafür, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen.“

Mit der Einführung dieser Schlüsselkompetenz werden in gewissem Maße eine Anspruchsgrundlage geschaffen und ein Gegengewicht zur ansonsten dominierenden Sicht auf die ökonomische Verwertbarkeit des zu Lernenden (Employability). Dies scheint vor dem Hintergrund vielfältiger gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in Europa auch dringend erforderlich. Als Zeitsignaturen sind zu nennen: eine massive Aushöhlung der Grundrechte (Ausschnüffelung der Privatsphäre durch Geheimdienste und Anbieter von Internetdiensten, Einschränkungen der Pressefreiheit, Relativierung von Rechtsstandards), starke Tendenzen der Entdemokratisierung von Entscheidungen und Verlagerung in Technokraten- und Lobby-Zirkel, Machtausübung ohne Legitimation (z. B. durch internationale Konzerne), Verlust an politischer Orientierung (keine erkennbaren Ziele, pragmatisches Durchwursteln), Wiederbelebung des religiösen Fundamentalismus und Stärkung von Populismus und Rechtsradikalismus, wie zahlreiche Wahlergebnisse in EU-Mitgliedsstaaten und Wahlprognosen zeigen, Erosion der Wertebasis, sichtbar durch illegale, illegitime und verantwortungslose Praktiken in Wirtschaft und Gesellschaft mit großdimensionierten Wirkungen (Finanzkrise, Spekulation auf Nahrungsmittel etc.), Verschärfung gesellschaftlicher und sozialer Gegensätze. Jürgen Habermas (2011, zitiert in: Philosophie Magazin 2013) beschreibt das Dilemma der Politik so:

„Heute sind die politischen Eliten einer Zerreißprobe ausgesetzt. Beide driften auseinander – die Systemimperative des verwilderten Finanzkapitalismus, den die Politiker selbst erst von der Leine der Realökonomie entbunden haben, und die Klagen über das uneingelöste Versprechen sozialer Gerechtigkeit, die ihnen aus den zerberstenden Lebenswelten ihrer demokratischen Wählerschaft entgegenschallen.“

Europa steht ökonomisch, gesellschaftlich und politisch am

Scheidewege. Die Menschen wollen wissen, wohin es geht, was auf sie zukommt. Sie wollen wissen, welches Europa die Politiker anstreben, sie wollen eine Vision haben, ein Leitbild, für das es sich lohnt zu arbeiten und ggf. auch Opfer zu bringen. Sie wollen über konkrete Ziele und Wege mitdiskutieren, wollen sich einbringen. Eigentlich eine Sternstunde für die politische Bildung, die einen wichtigen Beitrag zur Sinnfindung, zur vernünftigen Auseinandersetzung, zur Aufklärung und zur Meinungsbildung leisten kann und muss.

### Ausblick

Natürlich kann die politische Bildung nicht die gesamte Last schultern, sie kann aber Beiträge leisten, die beispielgebend und richtungsweisend sein können. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf politische Signale und Programme, die sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene gesendet werden.

Das neue EU-Bildungsprogramm „Erasmus+“ hat auch ein Programm für Erwachsenenbildung mit zwei Förderlinien „Mobilität“ und „strategische Partnerschaften“ (Näheres unter [http://www.na-bibb.de/erasmus\\_erwachsenenbildung.html](http://www.na-bibb.de/erasmus_erwachsenenbildung.html)). Dies könnte z. B. genutzt werden, um einen internationalen Jugendaustausch zu initiieren, um die Jugend Europas, also mithin

„Ein demokratisches Gemeinwesen ist auf mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Es ist uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die allgemeine Weiterbildung zu stärken.“

Worin die Stärkung jeweils bestehen soll, ist nicht präzisiert. Am besten ist es, wenn die politische Bildung selbst versucht, die Stärkung zu definieren, indem die Regierung mit konkreten Forderungen und Finanzvorstellungen konfrontiert wird.

Neben dem Ergreifen vorhandener Chancen sind auch grundlegende Umorientierungen notwendig, um die ökonomischen und politischen Risiken einzudämmen.

Zum einen geht es darum, eine normative Wende zu vollziehen und den traditionellen Bildungsbegriff, so wie er oben beschrieben wurde, wiederzubeleben. Diejenigen im Finanzsektor, die durch ihre Risikobereitschaft eine weltweite Krise mit gravierenden Folgen (Hunger, Verhungern, Verarmung) ausgelöst haben, sind hochqualifiziert, aber ungebildet. Diese Personengruppe und auch das dazugehörige gesellschaftliche und politische Umfeld haben Fähigkeiten zur Profitmaximierung eingesetzt und dabei so etwas wie Berufsethos und Verantwortungsethik vergessen oder hintangestellt. Der ehemalige Finanzminister und Kanzlerkandidat Peer Steinbrück (2009) bringt dies in einem Zeitungsartikel auf den Punkt: „Wirtschaft ohne Moral schadet allen“.



Europas Zukunft, zusammenzuführen und in einen Diskurs zu bringen, der wegführt von Vorurteilen und Hass.

Im Vertrag zur Großen Koalition ist „Bildung“ nicht das wichtigste Thema, aber immerhin wird die politische Bildung an einer Stelle explizit erwähnt (CDU/CSU/SPD 2013, S. 19):

„Die politische Bildung ist ein zentrales Element zur Stärkung unserer Demokratie. Auch die außerschulische politische Bildung, nicht zuletzt durch die politischen Stiftungen, wollen wir stärken.“

Ein weiterer Bezug findet sich eine Seite weiter unter der Überschrift „Weiterbildung ausbauen“ (ebd., S. 20):

Es ist nur zu deutlich geworden, dass Qualifizierungs- und Kompetenzentwicklungsprozesse einer ethischen Fundierung bedürfen, ganz im Sinne eines auf Toleranz, Demokratie und Aufklärung ausgerichteten Bildungsbegriffs. Es geht darum, eine gemeinsame Wertebasis wiederherzustellen und diese dann offensiv zu verteidigen, anstatt sie der Erosion durch Profitgier und Relativismus preiszugeben. Wie eng Wert-Bildung und Wertebildung miteinander zusammenhängen, hat nicht zuletzt die letzte Finanzkrise verdeutlicht.

Zum anderen ist die Professionalität im weitesten Sinne zu stärken. Nicht nur beim Verkauf von Finanzdienstleistungen haben die Akteure häufig unterlassen, den Kunden so zu beraten,



dass dessen Lage und Bedürfnisse zum Tragen kommen. Auch in anderen Sektoren des Wirtschaftslebens ist nicht immer die handwerklich gute Arbeit, auf die der Produzent stolz sein kann, das Ziel, sondern eher der schnelle Abschluss, die kurzfristige Umsatz- und Renditesteigerung. So gibt es zahlreiche Beispiele aus dem Telefonmarketing, die an der Grenze zum kriminellen Handeln liegen (und manchmal auch darüber). Call-Center-Mitarbeiter wurden entlassen, weil sie eine kundengerechte und damit häufig auch zeitaufwendige Beratung durchgeführt haben. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett hat dieses Phänomen und seine Bedeutung für die Menschen ausführlich beschrieben (2008) und den Vorteil des handwerklichen Arbeitens – gemeint in einem umfassenden Sinne – auf den Punkt gebracht: „Die langsame Zeit des Handwerks ermöglicht auch die Arbeit der Reflexion und der Phantasie – der Drang nach raschen Ergebnissen vermag dies nicht.“ (S. 391)

Auch die Weiterbildung muss sich auf ihre Handwerklichkeit besinnen, muss Wert darauf legen, dass die Lehrenden kompetent sind und die Rahmenbedingungen stimmen, um Lernen zu begünstigen. Es ist zu fragen, ob das Lehr-Lern-Arrangement eher Muße, Kontemplation und Reflexion erlaubt oder eher einer „Druckbetankung“ ähnelt. Doch zumindest auch die öffentlich geförderte Weiterbildung muss sich fragen lassen, ob sie mit ihrem gesamten Bildungsspektrum auf der Linie eines traditionell-emanzipatorischen Bildungsbegriffs liegt. Angebote zum Umgang mit Aktien („Wie spekuliere ich richtig?“), manche Verkaufstrainings, deren Hauptziel darin besteht, Manipulationstechniken zur Überrumpelung von Kunden zu vermitteln, oder viele esoterische Kurse wecken zumindest Skepsis in dieser Hinsicht.

Und schließlich: „In den letzten Jahren ist eine neue, sich fieberhaft ausbreitende Krankheit ausgebrochen: Jedes und alles wird unablässig evaluiert.“ Mit diesem Satz beginnt der renommierte Schweizer Ökonom Bruno S. Frey (2006, S. 1) seinen Aufsatz, in dem er deutlich macht, dass nicht jede Evaluation per se sinnvoll ist, sondern dass es immer einer strengen Abwägung zwischen Nutzen und Kosten solcher Anstrengungen bedarf. Zudem haben Evaluationen Nebenwirkungen, indem sie zum Beispiel über die Evaluationskriterien Signale setzen, was wichtig ist oder als wichtig angesehen wird, und damit Ressourcen lenken und Verschiebungen zwischen funktionale Arbeitsteilungen einleiten.

Auch die Weiterbildung unterliegt dieser gesellschaftlichen Tendenz zur permanenten Selbst- und Fremdbewertung. Prägnant ist dies zum Beispiel im Bereich des Qualitätsmanagements oder im Zusammenhang mit Gesetzes- oder Systemevaluatoren. Zu fragen ist: Sind die Evaluationskriterien die fachlich inhaltlich gebotenen oder nur im Spiel, weil sie leichter messbar sind? Führt der Evaluationsaufwand tatsächlich zu Verbesserungen bei der Aufgabenerfüllung? Inwieweit leidet das Kerngeschäft unter den Evaluationsanstrengungen?

Die Ausführungen haben deutlich gemacht, dass Qualifizierung und „Effizienzoptimierung“ alleine nicht ausreichen, um eine demokratische, freiheitliche, tolerante und wirtschaftlich nach-

haltige Gesellschaft zu schaffen bzw. zu erhalten. Es bedarf offenbar des kritischen Korrektivs, der Wertebasierung und des reflexiven Diskurses.

Zum Abschluss sei noch einmal auf den schon eingangs zitierten Willy Strzelewicz (1984, zitiert bei Griese 1998, S. 140) verwiesen. In einem Interview mit der GEW zum Bildungsbegriff mahnte er die Zeitgenossen und die Nachwelt:

„Man sollte auf keinen Fall den Finanzfachleuten überlassen, was Bildung ist und was Bildung nicht ist.“

#### Literatur

BLK (2004): *Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland. Heft 115 der „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“, hrsg. von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn.*

Dahrendorf, R. (1965): *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg.*

Frey, Bruno S. (2006): *Evaluitis – eine neue Krankheit. Working Paper Nr. 293 des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich. Zürich.*

Gnahn, D. (2010a): *Kompetenzen – Erwerb, Erfassung, Instrumente. Bielefeld.*

Gnahn, D. (2010b): *Rückzug des Staates – Chance für die kommunale Ebene. In: K.*

Birkelbach/A. Bolder/K. Düsseldorf (Hrsg.), *Berufliche Bildung in Zeiten des Wandels. Baltmannsweiler, S. 323-338.*

Menke/B. Overwien/L. Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 186-189.*

Habermas, J. (2011): *„Rettet die Würde der Demokratie“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. November 2011.*

Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 23-34.*

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2000). *Memorandum über Lebenslanges Lernen. SEK(2000) 1832. Brüssel (30.10.2000).*

Schudoma (Hrsg.), *Wissen und Können. Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 35-37.*

Sennett, Richard (2008): *Handwerk. Berlin.*

Steinbrück, Peer (2009): *Wirtschaft ohne Moral schadet allen. In: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juli 2009.*



## 25 Jahre gemeinsam für die politische Bildung: Grund zum Feiern und fast schon ein Familienfest





## Unser Beitrag für die politische Bildung in Europa

**Forumsdiskussion** mit Prof. Dr. Fabian Virchow, FH Düsseldorf  
Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung  
Andreas Meyer-Lauber, Vorsitzender DGB-Bezirk NRW und  
Dr. Klaus Brülls, DGB-Bildungswerk NRW, moderiert von Tom Hegemann

# Jede neue Generation muss Demokratie neu lernen



*Wir reden hier die ganze Zeit über die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung, aber vor allen Dingen natürlich über die Bedeutung der politischen Bildung. Wie sehen Sie diese Bedeutung der politischen Bildung?*



**Sylvia Löhrmann:** Ich sehe sie sehr hoch und zwar nicht nur, weil sie in der Verfassung steht, sondern weil ich finde, dass jede Generation, auch jede junge Generation, sich immer wieder neu die Errungenschaften der Demokratie erarbeiten muss. Und das geht nur mit historischer Bildung und das geht nur mit politischer Bildung, und deswegen arbeiten wir in der Schule, aber auch in den Einrichtungen der politischen Bildung, in der Weiterbildung daran, möglichst alle Menschen mit unseren demokratischen Errungenschaften so vertraut zu machen, dass sie sie leben, dass sie sie weiter tragen, dass sie sich beteiligen können. Die Frage der politischen Partizipation ist auch immer wieder ein wichtiges Thema. Welche neuen Formen brauchen wir? Das ist ein ganz, ganz breites Feld, was weit über Schule und Weiterbildung hinausgeht und den gesamten Bereich des gesellschaftlichen Lebens umfasst.

*Was also im Grunde genommen in jungen Jahren mit dem Schüleraustausch beginnt, sich dann im Leben fortsetzt und immer wieder auch der Erneuerung bedarf.*

**„... möglichst alle Menschen mit unseren demokratischen Errungenschaften so vertraut zu machen, dass sie sie leben, dass sie sie weiter tragen, dass sie sich beteiligen können.“**

**Sylvia Löhrmann:** Absolut, ich habe es gesagt: Jede Schülergeneration muss sich ja ihre Haltung zu politischen Fragen erarbeiten. Ein aktuelles Beispiel, über das wir heute im Schulausschuss gesprochen haben. Es gibt eine Organisation, die will im Moment Schülerinnen und Schüler dazu animieren, dass sie an einem bestimmten Tag ihre Zeugnisse verbrennen, unter dem Motto: Wir sind mehr als Noten. Selbstverständlich sind junge Leute mehr als Noten, das kann man auch politisch diskutieren. Aber Jugendliche selbst haben problematisiert, dass sie das mit dem Verbrennen gar nicht gut finden, weil sie wissen, dass das in der deutschen Geschichte eine ganz schreckliche Assoziation weckt. Dann hat diese Organisation nachgelegt und gesagt, dann sollen sie die Zeugnisse verrauchen, damit es nicht ganz

so schlimm ist. Das weckt natürlich auch ganz viele Assoziationen und unterschiedliche Betroffenheiten ... Es zeigt, dass wir sensibel dafür sein müssen, was junge Leute tun, statt einfach zu sagen, das verbieten wir mal kurzerhand von der Kultusministerkonferenz. Es ist ja interessant, wie unterschiedlich Jugendliche sich damit auseinander setzen. In dem aktuellen Beispiel haben sie sich gegen den Aufruf gestellt, weil sie gar keine so schlechte Meinung von ihrer Schule haben.

Ein anderes Beispiel: Wie leben wir Partizipation in der Schule? Wir möchten, dass unsere Jugendlichen in der Schule mitentscheiden, weil es ihre Schule ist, die zu ihrem Wohl und Lernen und zu ihrer Entfaltung da ist. Also haben wir die Drittelparität in den Schulkonferenzen wieder eingeführt, was den Jugendlichen das gleiche Recht gibt wie der Lehrergemeinschaft und der Elterngruppe, ihre Schulkonferenz, ihre Schulverfassung, die Grundentscheidung in der Schule mitzubestimmen.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Sie haben die Fahrten angesprochen, den Geschichtsunterricht; politischer Unterricht oder Politikunterricht ist ja mehr als jeweils dieses Fach. Es ist die Möglichkeit, Gedenkstätten aufzusuchen, Kriegsgräber anzuschauen, um sich dann sozusagen aus der historischen Distanz etwa mit dem ersten Weltkrieg auseinander zu setzen und sich zu fragen, was

hat das mit uns heute zu tun? Es wurde heute viel über Europa gesprochen. Und gerade im Jahr der Europawahl gibt es viele Anlässe, Gedenktage für politische Bildung zu nutzen; daran wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch deutschlandweit, arbeiten.

*Herr Professor Virchow, Sie sind unter anderem Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus. Mangelnde politische Bildung erklärt das nicht alleine, gar keine Frage, dafür gibt es viele gesellschaftliche Ursachen. Aber ist mangelnde politische Bildung eben doch ein Teil der Erklärung, warum es solche Entwicklungen gibt?*

**Prof. Virchow:** Also für einen Teil derjenigen, die solchen politischen Einstellungen oder Weltanschauungen folgen, gilt das sicherlich. Aber es gibt eine ganze Reihe von jungen Menschen, die politisch sehr interessiert sind, auch historisch interessiert sind. Ein Beispiel aus Brandenburg: Ein Kollege an der Universität war mit einer jungen Frau konfrontiert, die der rechten Szene angehörte – sie war in Geschichte Landesbeste. Das korrespondiert nicht zwingend, aber in Kombination mit anderen Aspekten, zum Beispiel der Frage nach der Wirkmächtigkeit des eigenen Handelns und natürlich auch des politischen Handelns.

*Um noch einmal auf den Rechtsextremismus zurückzukommen: Politische Bildungsarbeit, was kann sie in diesem Zusammenhang leisten? Wo sind aber auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten?*

**Prof. Virchow:** Zu den Grenzen komme ich vielleicht gleich noch. Ich glaube, sie kann eine ganze Menge leisten. Sie kann verdeutlichen, was bestimmte Weltanschauungen eigentlich für eine Geschichte haben, das ist sozusagen in der Geschichte Deutschlands relativ offensichtlich. Sie kann aber auch transportieren, warum in bestimmten politischen und gesellschaftlichen Situationen, das Stichwort Krise ist schon genannt



**„Wir brauchen auch Formen von politischer Bildung, bei denen junge Menschen sich ausprobieren können.“**

worden, rassistische oder nationalistische Weltanschauungen erhöhten Zuspruch finden. Was glücklicherweise nicht überall in Europa so ist. Es gibt die genannten

Beispiele, die uns mit Blick auf die Europawahl sorgenvoll machen sollten, aber es gibt eben glücklicherweise auch andere Entwicklungen.

Es gibt Grenzen, und ich glaube, es gibt sie dort, wo wir junge Menschen mit unseren Angeboten noch nicht erreicht haben. Nicht alles läuft über den Kopf. Wir brauchen auch Formen von politischer Bildung, bei denen junge Menschen sich ausprobieren können, auch in einer Art und Weise, die uns vielleicht manchmal ein bisschen befremdlich erscheint. Da sollten wir Mut zum Experiment haben.

*Herr Meyer-Lauber, das, was wir gerade besprechen, ist ein wichtiges Teilgebiet. Aber wie stellt sich aus Ihrer Sicht des Gewerkschaftsvorsitzenden die Bedeutung politischer Bildung insgesamt dar? Ich habe mit Interesse gehört, was Elke Hülsmann vorhin sagte, dass vor 25, 30 Jahren diskutiert wurde, ob es denn wirklich so weit kommen dürfe, dass mit staatlichen Zuschüssen die Ausbildung von Gewerkschaftsfunktionären finanziert wird. Darum geht es ja offenbar gar nicht.*

**Meyer-Lauber:** Nicht mehr, Gott sei Dank. Ich glaube, der ursprüngliche Anlass der Gewerkschaften, sich für politische Bildung stark zu machen, war ein emanzipatorischer. Weil es eben keine Gleichheit in der Politik gab und ich glaube in vielen Feldern auch nicht gibt. Weil bis heute in Betrieben nicht immer

auf Augenhöhe agiert wird. Da gibt es wenige Ausnahmegewerkschaften, die noch der Montanmitbestimmung angehören. Aber im Grundsatz ist politische Bildung emanzipatorisch gemeint; es soll auch „Herrschaftswissen“ gelernt werden, um entsprechend agieren zu können. Und da in der übrigen Gesellschaft vor den Betriebstoren demokratisch agiert wird und jeder auch nur eine Stimme bei der Wahl hat, soll gleichzeitig das Gewicht der großen Zahl mobilisiert werden. Das ist wohl der ursprüngliche Gedanke. Dafür ist es nicht nur erforderlich, dass man



**„... der ursprüngliche Anlass der Gewerkschaften, sich für politische Bildung stark zu machen, war ein emanzipatorischer.“**

wählt, sondern dass man auch über politische Konzepte diskutiert, selber welche entwickelt, Problemlösungen für gesellschaftliche Fragen erarbeitet. Insofern hat sich das Feld außerordentlich geweitet. Heute sind die Herausforderungen noch neuer und anderer Art. Auch bedingt durch den Prozess der Globalisierung oder Europäisierung.

**Und dieses Europa soll hier nicht zuletzt auch Thema dieser Diskussionsrunde sein. Was kann denn, was muss denn politische Bildung mit Blick auf Europa leisten?**

**Meyer-Lauber:** Ich glaube, die Aufgabe ist die, zu informieren, wir wissen sehr wenig darüber. Der zweite Punkt ist, zu motivieren. Wenn wir wissen, dass heute etwas 70 % aller Gesetzgebungsprozesse von Europa ausgelöst, verursacht oder mitverursacht sind, dann müssen wir wissen, dass wir unsere Gesellschaft, Deutschland, Nordrhein-Westfalen gar nicht mehr gestalten können, ohne nach Europa zu gucken.

Das ist so eine banale Erkenntnis, aber die hat natürlich Handlungsrelevanz. Und

**„70 % aller Gesetzgebungsprozesse werden von Europa ausgelöst.“**

gleichzeitig müssen wir gucken, warum es denn eigentlich die Europäische Union gibt – da werden unterschiedliche Aufträge deutlich: Wir können es als wirtschaftspolitische Maßnahme sehen, als globalstrategische Maßnahme, als friedenspolitischen Schritt. Wir haben im 20. Jahrhundert zwei der größten Katastrophen erlebt und mit verursacht. Ich glaube, dass es sehr vielfältige Motive sind, die für Europa sprechen, die sind aber vielen Menschen nicht mehr präsent. Auch ich bin der Meinung, jede neue Generation muss das neu lernen, jede neue Generation muss Demokratie neu lernen. Das ist ja das Anspruchsvolle an dieser Gesellschaftsordnung, dass sie nicht so einfach von Natur aus funktioniert.

**Nun haben Sie, Herr Brülls, sich über viele, viele Jahre in ganz besonderer Weise um die politische Bildung gekümmert, hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch über die Grenzen hinaus. Wie steht es aus Ihrer Sicht um die politische Bildung, welche Rolle spielt sie tatsächlich für das demokratische Gemeinwesen in Deutschland?**

**Brülls:** Die politische Bildung hat in Nordrhein-Westfalen natürlich eine eigene Struktur. Und zwar eine bessere Struktur als in anderen Bundesländern, um es ganz deutlich zu sagen. Denn wir haben hier in Nordrhein-Westfalen ein Finanzierungsgesetz und ein Freistellungsgesetz für ArbeitnehmerInnen. Das ist eine grundlegende Struktur, mit der man arbeiten kann.

Einen Schönheitsfehler gibt es allerdings, der wurde schon angesprochen, das ist die Finanzierung. Sie liegt im Moment noch bei 20 % für Seminare, die die Einrichtungen durchführen, die nach dem Weiterbildungsgesetz gefördert werden. Das ist deutlich zu wenig – bei allen Sparnotwendigkeiten, die wir durchaus

sehen. Ein zweites ist das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz. Als Beispiel nehme ich mal das Freistellungsgesetz; es bietet uns natürlich die Möglichkeit, Seminare durchzuführen – wie hieß es eben? „5 Tage, die den Kopf verändern.“ Das hilft, es gibt aber eine Reihe von Schwierigkeiten, um überhaupt nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz eine Freistellung zu bekommen. Es sind nicht alle Arbeitnehmer erfasst, deshalb



**„Die politische Bildung hat in Nordrhein-Westfalen eine bessere Struktur als in anderen Bundesländern.“**

finde ich die Initiative der Koalition, die im Moment läuft, hervorragend, die Auszubildenden in das AWbG einzubeziehen, denn das war ja gerade die Zielgruppe, die hier für die politische Bildung angesprochen wurde.

Ich möchte noch einmal Europa ansprechen. Bevor der Euro eingeführt wurde, sahen Seminare der politischen Bildung so aus: Wir stiegen ein mit einem Thema, zum Beispiel Krieg, der in Europa im letzten Jahrhundert herrschte, und dann kamen Planspiele, in denen über Frieden geredet wurde, über Friedenspolitik und Visionen, wie Europa in Zukunft aussehen kann. Das hat sich geändert, mit der Einführung des Euro und noch mehr durch die Eurokrise. Jetzt müssen wir Erklärungen zur Krise liefern – da fällt Verständnis vielfach schwer.

Ziel muss es aber bleiben, meine ich, dass wir Visionen für Europa haben und es gibt eine ganze Reihe von Ansatzpunkten, auch in unserer Bildungsarbeit.

Im März letzten Jahres haben wir eine Tagung mit Hertha Däubler-Gmelin und Steffen Lehndorff durchgeführt. Da wurde herausgearbeitet, dass die Abwehrstrategien von ArbeitnehmerInnen in

sieben oder acht europäischen Ländern durchaus vergleichbar sind. Und zwar in den Punkten Mindestlohn, Werkverträge, Kündigungsschutz, Arbeitsrecht. Diese Themen sind natürlich Hauptfelder eines gewerkschaftlichen Bildungswerks. Der Schritt, der mit „Politische Bildung bekommt ganz Europa“ ansteht, ist, diese nationalen Probleme vergleichbar zu machen. Und wie ich eben hörte, gibt es einen Lichtschimmer bei Erasmus. Denn eine der Hauptaufgaben bleibt ja, ArbeitnehmerInnen aus Nordrhein-Westfalen mit ArbeitnehmerInnen in anderen europäischen Ländern zusammen zu bringen. Das AWbG hilft da nur begrenzt. Wir hatten einen Kontakt zu spanischen Gewerkschaften, der mehr oder weniger daran gescheitert ist, die Freistellungen zu organisieren, die Kosten zu tragen, genügend EU-Projektmittel heranschaffen zu können. An dieser Stelle brauchen wir Austauschprogramme, die auch diese Begegnungen stärker voranbringen. Das ist aus meiner Sicht das dritte Element in einer Bildungsarbeit für Europa – also einerseits Finanzierungsgesetz, andererseits

**„Drei Elemente einer Bildungsarbeit für Europa: ein Finanzierungsgesetz, ein Freistellungsgesetz und verbesserte Möglichkeiten für internationale Begegnungen.“**

Freistellungsgesetz und zum Dritten die Möglichkeit, internationale Begegnungen zu verbessern und zu forcieren.

**Die politische Bildungsarbeit scheint ja für Europa von zentraler Bedeutung zu sein. Und offenbar haben wir in den letzten Jahren eine Menge verkehrt gemacht, sonst würden wir nicht die Diskussion führen, die wir häufig führen. Wie kann denn politische Bildungsarbeit was erreichen?**

**Löhrmann:** Herr Brülls hat die Instrumente genannt, die es gibt und bei der Diskussion um das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz und seine Ausweitung, möchte ich noch einmal sagen, das wird

bisher nur ganz minimal genutzt. Es gibt also Rechte, die noch gar nicht in Anspruch genommen werden, weil offensichtlich die Menschen denken, es ist ja sowieso so wie es ist; Stichwort Politikverdrossenheit. Es ist also die Frage, wie sich Beteiligung organisieren lässt. Wir

**„Es gibt also Rechte, die noch gar nicht in Anspruch genommen werden. Stichwort Politikverdrossenheit.“**



müssen ja alle ein Interesse daran haben, dass das, was da ist, genutzt wird und dass es selbstverständlich wird. Und nicht, dass die Unternehmen denken, es schadet dem Unternehmen, wenn sich jemand fünf Tage Bildungsurlaub nimmt. Im Gegenteil, es nutzt. Viele Fragen von Wahlbeteiligung, von Partizipation hängen mit einem Punkt zusammen, den Herr Prof. Virchow nannte: Kann ich etwas verändern? Nutzt es etwas, wenn ich meine Möglichkeiten nutze? Wenn wir junge Leute da heranzuführen, wird es vielleicht selbstverständlicher. Aber wir müssen auch den Frust über das „System“ aufgreifen; wir müssen vermitteln, dass es etwas mit Handlungs- und Gestaltungskompetenz zu tun hat, die es zu nutzen gilt, damit Demokratisierung und Partizipation von den Menschen gestaltet werden. Wenn die Menschen nicht mitmachen, dann nutzen die besten Gesetze nichts.

Im Weiterbildungsbeirat haben wir auch diskutiert, dass sich zum Beispiel die Wahlbeteiligung in Köln, laut Untersuchungen, ganz massiv unterscheidet, ob es ärmere oder reichere Milieus sind. Oder nehmen wir den Entscheid zum Thema Schule in Hamburg: Die, um die es ging, um deren Bildungsbeteiligung es ging, haben ganz wenig mitgemacht. Die, die ihre Interessen verteidigen wollten, haben sozusagen die Volksmeinung

bestimmt. Und das kann nicht im Sinne einer gesellschaftlichen Gestaltung und Mitwirkung sein.

Deswegen brauchen wir einen neuen Aufbruch in der Bildungsbeteiligung, aber auch in der Weiterbildungsbeteiligung. Dass Jugendliche, wenn sie an Europa denken, nicht an den ersten Weltkrieg denken und nicht einschätzen können, was wir für eine Friedensperiode haben, das können wir den Jugendlichen nicht vorwerfen, sie kennen es eben nicht anders. Aber wir können versuchen, emotionale Bezüge herzustellen, damit ihnen das klar wird, damit sie um den Wert wissen und ihn schätzen, den sie in Sachen Freizügigkeit und anderen Dingen haben.

**Wenn wir, Prof. Virchow, noch einmal in Richtung Europa gucken ... In Deutschland beklagen wir manches, was in Sachen politischer Bildung schief läuft. Und dennoch leben wir vergleichsweise in einer Luxusituation. In vielen anderen EU-Ländern ist der Begriff der politischen Bildung gar nicht bekannt, geschweige denn alles das, was sich damit verknüpft. Was bedeutet das eigentlich?**

**Prof. Virchow:** Da sieht man natürlich erhebliche strukturelle Disparitäten. Und das hat, glaube ich, mehrfache Ursachen. Zunächst ist natürlich die Frage, ob und in welcher Form wir von hier aus für die Europäische Union die Ausbildung vergleichbarer machen können. Wir wollen ja nichts überstülpen. Die zweite Frage ist, wie kann dann Austausch organisiert werden? Über welche Themen müssen wir sprechen? Ein paar sind genannt worden. Nehmen wir zwei bedeutsame Themen, die Eurokrise und ihre Auswirkung, aber auch die aktuelle Arbeits- und Armutsmigration. Das sind ja keine Themen, die nur uns in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik betreffen. Ich glaube, es gibt viele Themen, in denen der Bedarf nach Auseinandersetzung, einem gemeinsamen Austausch und gegenseitigem Lernen sehr groß ist, ob gewerkschaftsseitig oder in anderen Gruppen. Andererseits haben wir, wenn ich das mal so kollektiv sagen darf, in Deutschland auch die Notwendigkeit, kritisch darauf zu

gucken, wie die deutsche Politik in Europa wahrgenommen wird. Ebenso wie die Situation von Menschen zum Beispiel in den südeuropäischen Staaten, zum Teil medial vermittelt, eigentlich hier wahrgenommen wird. Ich glaube, wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung über eine Berichterstattung, wie bestimmte Boulevardmedien sie betreiben haben, über „die faulen Griechen“.



**„Wir brauchen eine kritische Auseinandersetzung über die Berichterstattung bestimmter Boulevardmedien über 'die faulen Griechen'.“**

Wir beobachten tatsächlich eine Zunahme nationalistischer Einstellungen im Kontext solcher Debatten und Berichterstattungen. Auch im Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs, der sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährt, gibt es Tendenzen, das nationalistisch zu wenden. Gerade hier hat die europäische Dimension eine große Bedeutung, um das zu vermeiden.

**Das ist die deutsche Aufgabe in diesem Europa; wie steht es denn eigentlich um die europäische Aufgabe dieses Europas? Ich frage mich gerade, wenn wir feststellen, dass politische Bildung in vielen EU-Ländern keine Rolle spielt, welche Aufgabe hat die EU selber, auch im ganz eigenen Interesse, sich stärker als bisher um politische Bildung zu kümmern?**

**Prof. Virchow:** Es geht auch, zum Teil jedenfalls, darum, Ressourcen zur Verfügung zu stellen, Akteure zu identifizieren, zu ermutigen, die aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Spektren kommen können. Das werden und sollten auch Gewerkschaften sein, das ist keine Frage. Aber es gibt auch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren, die in der politischen Bildung tätig sind. Das

können Gruppen von Jugendlichen sein, die sich selbst organisieren, das können aber auch soziale Bewegungen sein, gerade wenn man nach Südeuropa guckt, die sich den gesellschaftlichen Problemen stellen, die aus dieser Eurokrise resultieren. Wir brauchen einen offenen Blick jenseits der etablierten Strukturen – wir brauchen, glaube ich, einen langen Atem.

**Ich könnte mir vorstellen, Herr Meyer-Lauber, dass dieses Europa aus Gewerkschaftssicht, gerade wenn wir über die Bedeutung von Europa reden, gelegentlich ja auch den ein oder anderen nicht ganz einfachen Spagat erfordert. Sie haben eben schon zu Recht gesagt, wie wichtig dieses Europa ist, was wir alles nicht vergessen dürfen, was wir alles vermitteln dürfen. Andererseits ist das natürlich gerade aus gewerkschaftlicher Sicht ein Europa, in dem die Wirtschaft immer weiter entwickelt wird, in dem die sozialen Interessen und die Rechte der Arbeitnehmer aber häufig hinten angestellt wurden. Wie kriegen Sie diesen Spagat hin, einerseits die Vorteile dieses Europas zu erklären, aber gleichzeitig die Auswüchse dieses Europas zu geißeln?**

**Meyer-Lauber:** Die Schwierigkeit haben Sie gut beschrieben. Wir sind natürlich pro europäisch. Aber wir müssen die dort zumeist herrschende Politik kritisieren, weil sie die Interessen von Arbeitneh-



**„Wir wollen Europa, wir brauchen Europa, aber wir wollen ein soziales Europa und ein demokratisches Europa.“**

merinnen und Arbeitnehmern oft nicht wahrnimmt. Wenn in europäischen Ländern Tarifverträge außer Kraft gesetzt werden, Mindestlöhne außer Kraft gesetzt werden, Arbeitgeber und Gewerk-

schaften gar keine Möglichkeiten mehr haben, Vereinbarungen zu treffen, ich nenne mal Spanien, Portugal, Griechenland als Beispiele, dann ist das ein Zustand, den wir nicht akzeptieren können und wo wir sagen, wir wollen Europa, wir brauchen Europa, aber wir wollen ein soziales Europa und ein demokratisches Europa.

Das sind, glaube ich, die beiden harten Komponenten, die wir im Moment nach vorne bringen müssen. Von daher sind wir in der schwierigen Situation, unsere Kolleginnen und Kollegen motivieren zu wollen, auch an der Wahl des Europaparlaments teilzunehmen. Aber gleichzeitig, und das ist, glaube ich, der wichtigere Prozess, vor der Wahl die Diskussion zu führen, wie kriegen wir denn gute Arbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa hin?

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Wenn zu uns Menschen aus anderen Mitgliedsstaaten der EU kommen und sind

**„Politik ist eben nicht einfach und bedarf deshalb der Bildung.“**

in Not und flüchten vor Unterdrückung, vor Repression, vor Chancenlosigkeit, dann müssen wir denen selbstverständlich helfen, keine Debatte. Ich sage aber gleichzeitig, wir können das nicht akzeptieren, wir können solche Zustände in anderen europäischen Ländern nicht akzeptieren, auch als Gewerkschaften nicht. Sondern wir müssen sagen, jeder Staat, der zu Europa gehört, hat auch von unserer Seite aus den Anspruch, dass die Charta der Grundrechte gilt und dass dementsprechend auch Regierungen auf die Zehen gestiegen werden muss, wenn das notwendig ist.

Ich glaube, dass Gewerkschaften von daher in einer wirklich komplizierten Lage sind, all das zu erklären. Aber das zeigt, Politik ist eben nicht einfach und bedarf deshalb Bildung, Zuspruch, Motivation, Wissen, alles, was dazu gehört.

**Ich würde gerne kurz noch mal den halben Schritt zurückgehen auf das, was wir eben besprochen haben, nämlich was bitte schön diese EU**

**möglicherweise auch selber tun muss für die politische Bildung, um in den Mitgliedsstaaten politische Bildung voranzutreiben. Wie kann das aussehen? Das kann ja nicht nur im Rahmen von abstrakten Erklärungen stattfinden, sondern da muss es um konkrete Rahmenbedingungen gehen, da muss es um Programme gehen, da muss es um Finanzen gehen.**

**Brülls:** Es muss auf der europäischen Ebene eine Struktur geschaffen werden, das ist das, was Sie gerade ansprechen. Eine Struktur, die wir in Nordrhein-Westfalen vorweisen können. Da wäre ich gar nicht so zögerlich mit dem Überstülpen, wir werden sie ohnehin nicht überstülpen können. Aber sie als ein Strukturmodell zu betrachten, mit dem wir in Europa und in Brüssel werben können, das halte ich für eine Gelegenheit und für eine Notwendigkeit. Dazu darf aber politische Bildung und Weiterbildung nicht nur ein Bekenntnis sein, sondern sie muss in die Tätigkeit des Europaparlaments eingehen. Doch das hat ja gar nicht die Rechte in dem Ausmaß, um das durchsetzen zu können, deshalb brauchen wir sie darüber hinaus in den verschiedenen nationalen Vertretungsinstanzen. Nur so wird man zu einer Struktur kommen, aber dazu braucht man nicht nur einen langen Atem, sondern vielleicht sogar einen doppelt langen Atem. Ich glaube aber, dass es den Schweiß der Edlen wert ist, wenn man gleichzeitig an den aktuellen Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ansetzt. Was wir brauchen, sind neue Visionen davon, was wir in Europa wollen. Und zwar in den ganz konkreten Themen, die ich vorhin genannt habe. In der Abwehr der Krise aber auch in der Gestaltung der Arbeitswelt, die wir in den einzelnen Ländern erreichen wollen. Die Programme, die seitens des DGB vorliegen, zeigen konkrete Ansatzpunkte dafür.

**Andererseits, Frau Löhrmann, muss man natürlich schauen, ob politische Bildung heute auch bei uns noch den Stellenwert hat, den sie vielleicht vor einigen Jahrzehnten hatte. Prof. Gnahn sagte vorhin, früher war man als politischer Bildner „King of Kotelett“. Das waren die Besten, die Größten, die Tollsten. Wenn ich mir heute die Entwicklung angucke, zum Beispiel im**

**Rahmen des europäischen oder deutschen Qualifikationsrahmens, da reden wir darüber, welche Bildungsabschlüsse wie vergleichbar sein müssen. Aber die politische Bildung taucht allenfalls am Rande auf. Laufen wir Gefahr, politische Bildung nicht ausreichend wertzuschätzen?**

**Löhrmann:** Ich habe jetzt keine statistischen Daten vorliegen. Ich will das mal mit Blick auf die 15 Jahre betrachten, die ich auf Landesebene mit Bildungspolitik befasst bin. Es gibt gerade in den letzten Jahren die klare Erkenntnis, das brauchen wir und das wollen wir und wir wollen aufgeklärte junge Menschen. Wir wollen, dass sie unsere Gesellschaft mitgestalten. Die ganze Diskussion um direkte Demokratie, Wutbürger und so weiter, die spricht ja für Bedürfnislagen.

Wenn ich nach Großbritannien blicke, frage ich mich schon, warum die Menschen dort denken, dass Europa schlecht für sie ist? In Schottland dagegen gibt es die Diskussion, dass es ihnen besser geht,



**„Wo kontrovers diskutiert wird, findet politische Willensbildung statt. Und als Politik haben wir die Aufgabe, die Räume dafür zu schaffen.“**

wenn sie sich vielleicht von Westminster unabhängiger machen. Man ist gespannt, wie jetzt die Diskussionen ausgehen.

Dann haben wir noch eine andere paradoxe Situation. Wir als eines der starken Länder hatten eine Errungenschaft ganz lange nicht, nämlich den Mindestlohn, der in den anderen Ländern ja offenbar nicht zum Zusammenbruch geführt hat. Es ist alles nicht so eindimensional. Das sind doch spannende Fragen, die national und international zu diskutieren sind.

Oder nehmen wir das Stichwort Freizügigkeit. Schauen wir uns an, wie es um die Grundrechte bestellt ist – da bin ich bei der Frage der Pressefreiheit in Ungarn oder bei der Frage der sexuellen Diskriminierung in manchen osteuropäischen Ländern. Fragen, die heute selbstverständlich sind und kontrovers diskutiert werden. Das ist gut so. Denn immer wo kontrovers diskutiert wird, findet politische Willensbildung statt. Und als Politik haben wir die Aufgabe, die Räume dafür zu schaffen.

**Herr Brülls, mit dem Qualifikationsrahmen haben Sie gewisse Sorgen?**

**Brülls:** Ja, das ist ein bisschen Fachchinesisch, wenn wir vom deutschen oder europäischen Qualifikationsrahmen sprechen. Es geht ja darum, für die berufliche Bildung und die arbeitsmarktbezogene Weiterbildung ein gestuftes Modell der Zertifizierung hinzubekommen – in Deutschland und in Europa. Also so ganz machtlos sind die Weiterbildungspolitiker in Europa nicht, wenn es darum geht, arbeitsmarktbezogene Bildungsthemen durchzusetzen.

Die Situation, die ich sehe oder auch befürchte ist, da entsteht ein System des Qualifikationsrahmens, das bestimmte Themenfelder und Zertifizierungsstufen abdeckt. Daneben gibt es aber noch eine andere Bildung, die allgemeine politische Bildung. Die Frage ist, ist diese allgemeine politische Bildung in der Lage, ihre Kompetenzen gegenüber der beruflichen Bildung auszuweisen.

Ich sehe die politische Bildung auf einem ganz guten Weg, wir haben schließlich Oskar Negt's Kompetenzen seit mindestens 15 Jahren auf dem Schild vor uns her getragen; wir können sie ja auch mal anwenden. Die andere Geschichte dabei ist aber: Sollte es zu einer Kopplung von EU-Geldern, öffentlichen Geldern, Fördergeldern kommen, dann ist eine strukturierte, zertifizierte oder nach Zertifizierung gestufte Weiterbildung schlicht und einfach besser ausgewiesen, als eine politische Bildung, die es ablehnt, bestimmte Zertifikate zu vergeben.

An der Stelle finde ich den Hinweis von Ihnen, Frau Löhrmann, hilfreich, dass Sie bei der Weiterbildungskonferenz gesagt

haben, nein, die ganz Förderung spielt für die Zuordnung politischer Bildung bzw. beruflicher Bildung keine Rolle. In der Diskussion so eine Position durchzuhalten, wird aus meiner Sicht schwer, wenn sich eine Struktur weiter festigt, wie sie in der beruflichen Bildung im Moment geschaffen wird.

*Wir müssen jetzt auf die Zielgerade einbiegen. Aber bevor ich die Abschlussfrage stelle, möchte ich noch einen Punkt in das Gespräch einführen. Herr Virchow: Wir leben ja in Zeiten, in denen viele dazu neigen, Bildung vor allen Dingen unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Verwertbarkeit zu diskutieren. Was bringt das dem Unternehmen? Das ist ja bei der politischen Bildung nicht so ohne weiteres nachrechenbar. Ist die aber gerade deswegen wichtig, weil man an ihrem Beispiel deutlich machen kann, dass Bildung eben nicht immer nur ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Verwertbarkeit gesehen werden darf?*

*Prof. Virchow:* Das ist ein Element, das für diejenigen, die sich bilden, die Bedeutung hat, aber es darf sich darin nicht erschöpfen. Das, was die Partizipationsorientierung, die politische Bildung unterstützen sollte, ist die Wirkmächtigkeits-erfahrung eigenen Handelns. Insofern ist sie zentral für Demokratie, demokratische Strukturen, demokratische Prozesse und nicht als etwas zu sehen, was irgendwo in Bonn oder hier nebenan praktiziert wird, sondern was für alle bedeutsam ist. Es ist eine gemeinsame Aufgabe.

Ein kleiner Schwenk zur Hochschule: Auch da gibt es zurzeit die Verantwortung der Lehrenden, nicht nur Berufsausbildung zu betreiben und Qualifikation zu vermitteln, sondern auch eine bestimmte Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Grundlagen. Bei uns ist eine starke Menschenrechtsorientierung die normative Grundierung, die wir brauchen.

*Herr Meyer-Lauber, bei all dem, was wir hier diskutieren, und wir begehen ja auch das 25-jährige Bestehen des DGB-Bildungswerk in Nordrhein-Westfalen, bei all dem, was Europa angeht, was die Mitnahme möglichst vieler*

*Menschen für diese Demokratie angeht, welche Aufgabe kommt aus Ihrer Sicht dem DGB-Bildungswerk NRW in den kommenden Jahren dabei zu?*

**Meyer-Lauber:** Ich denke, dass das Bildungswerk die Europäisierung der Art, wie wir leben, stärker wahrnehmen muss. Da immer mehr Dimensionen unseres Alltagslebens, unseres Berufslebens durch europäische Regelungen bestimmt werden. Ich glaube zum Zweiten, dass das Bildungswerk sich dafür einsetzen sollte, dass, wenn in Europa etwas schief läuft, Finanzkrise, Bankenkrise usw., der Reflex zurück auf die Nationalstaaten

**„Ich bin immer dankbar, wenn das Bildungswerk nicht nur die konkreten Fragen bearbeitet, sondern auch ein Stückchen dahinter guckt.“**

genau der falsche Weg ist. Wir können in Deutschland die Eurokrise nicht lösen.

Ich glaube, dass diese grundsätzlichen Fragen auch vom DGB-Bildungswerk NRW mal durchdekliniert werden müssen, weil viele betriebliche Fragen nur in solchen Erklärungsmustern zu deuten sind. Was mache ich, wenn mein Betrieb umgewandelt wird in eine europäische Aktiengesellschaft, das ist eine sehr konkrete Frage für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da ist die Montanmitbestimmung futsch, was tritt jetzt an deren Stelle? Wie kriege ich diesen Prozess in Gang? Wie kooperiere ich in Betriebsräten, in denen 3, 4, 5 Nationalitäten vertreten sind? Wie kriege ich es zwischen den Belegschaften hin, dass wir nicht untereinander Konkurrenz im eigenen Konzern sind? Ich erinnere an den Auftritt belgischer KollegInnen bei Ford Köln, wo wir genau diese Auseinandersetzung hatten.

Das ist eine wirklich schwierige Aufgabe für die Gewerkschaften und ich bin immer dankbar, wenn das Bildungswerk nicht nur die konkreten Fragen bearbeitet, sondern auch ein Stückchen dahinter guckt und schaut, welche Erklärungsmuster und strategischen Ausrichtungen finden wir da vor. Weil das am Ende unsere Kolleginnen und Kollegen in die

Lage bringt, in die wir sie gerne bringen möchten, nämlich dass sie selbstständig und aktiv politische Entscheidungen treffen.

**Dankeschön. Abschlussfrage an Sie, Frau Löhrmann. Wo wir schon über 25 Jahre DGB-Bildungswerk NRW reden,**



**was wünschen Sie dem DGB-Bildungswerk NRW für die kommenden Jahre und was wünschen Sie sich vom DGB-Bildungswerk NRW?**

**Löhrmann:** Ich wünsche dem DGB-Bildungswerk NRW mindestens noch mal 25 Jahre. Und uns allen eine gute Zukunft mit den Perspektiven, auf der Höhe der Zeit die Themen anzugehen.

Aber ich kann das jetzt hier nicht beenden, ohne Ihnen, Klaus Brülls, als langjährigem Mitstreiter, Mitgestalter ganz, ganz herzlich zu danken. Als Weiterbildungsministerin, den Hut setze ich jetzt mal auf, vielen, vielen Dank für Ihre Arbeit. Ich hoffe, das wünsche ich mir dann auch noch, dass Sie Ihre Rolle auch weiterhin spielen und wir weiterhin auf Ihre Tatkraft und Denkkraft setzen können.

**Ich danke Ihnen allen ganz herzlich für dieses Gespräch. Frau Löhrmann hat schon die perfekte Überleitung gemacht zu dem, was jetzt kommt. Es geht darum, den Mann zu würdigen, der über viele Jahre an der Spitze dieses Bildungswerks gestanden hat: Dr. Klaus Brülls.**



**Laudatio von Andreas Meyer-Lauber auf Dr. Klaus Brülls, dem langjährigen Geschäftsführer des DGB-Bildungswerk NRW, zur Verabschiedung in den Ruhestand.**

## Auf seine ganz besondere Art

Sehr verehrte Frau Ministerin, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Familie Brülls ... Lieber Klaus, im Namen des Vorstands des DGB-Bildungswerk NRW möchte ich Dich verabschieden und wir möchten uns bei Dir für Deine Arbeit bedanken.

Bildungsarbeit für die Gewerkschaften, Geschäftsführung für die Bildungsarbeit der Gewerkschaften, das ist doch eigentlich ganz einfach. Man plant und konzipiert Fortbildungen, man ermöglicht ihre Durchführung, man besorgt die Finanzierung und sichert sie politisch ab. Man wirbt dafür, manchmal muss man auch dafür überzeugen, man geht dafür in Konflikte und muss die Konflikte lösen. Früher wurde ausgewertet, heute wird evaluiert. Das Team wird angespornt und motiviert, gleichzeitig muss man das Team leiten. Es müssen Entscheidungen vorbereitet und diskutiert werden, aber man muss sie auch treffen. Überdies muss man sich mit acht Gewerkschaften abstimmen und mit dem DGB obendrein. Man soll Innovationen einführen, aber die Veränderungen für jeden möglichst klein halten. Guten Kontakt zur Politik pflegen, sich aber nicht mir ihr verbrüdern, die Kritiker stärken, sie jedoch zu Lösungen hinführen. Klaus, und das alles muss dann auch noch ‚gegendert‘ werden und so dokumentiert sein, dass der Landesrechnungshof versteht, was das DGB-Bildungswerk NRW tut.

Diese Aufgabe scheint eigentlich unmöglich, aber Du hast es irgendwie geschafft, 17 Jahre lang. Und, lieber Klaus, Du hast es auf Deine spezielle Art getan, die ich sehr bewundere. Zurückhaltend, bescheiden, hartnäckig. Und das mit einer Kompetenz, die manchen Gegner entwaffnet hat und ihn zum Dialog führte.

Uns als Vorstand hast Du die Arbeit leicht gemacht. Die Sitzungen und die Maßnahmen waren gut vorbereitet, sie waren solide durchdacht und doch warst Du immer offen für Neuerungen und weitere Ideen.

Lieber Klaus, Du hast, das ist gar nicht beschreibbar in der Kürze der Zeit, unser Bildungswerk zu einer Hausnummer in Nordrhein-Westfalen gemacht. Durch Deine umsichtige Entwicklung spielt das gewerkschaftliche Bildungswerk in Nordrhein-Westfalen in der ersten Liga. Du hast Dich verdient gemacht um tausende von Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und Du hast Dich verdient gemacht um die Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen.

Dafür sagen wir Dir heute an dieser Stelle einen herzlichen Dank. Und ich sage dazu, wir bleiben Dir freundschaftlich verbunden. Wenn es Dich noch mal juckt und Du selbst das Bedürfnis nach politischer Bildung verspürst, kann ich Dir zwei Botschaften mit auf den Weg geben: Eine Freistellung deines Arbeitsgebers brauchst Du nicht mehr. Und selbstverständlich gilt für Dich auf Lebenszeit Gebührenfreiheit – die hast Du Dir verdient.

In diesem Sinne lieber Klaus, ein herzliches Dankeschön für Deine Arbeit, ein herzliches Dankeschön auch an Deine Familie, die viel mitgetragen hat und vieles ermöglichte, was Du erarbeitet hast.

**Wir wünschen Dir einen guten, gesunden, fröhlichen und lustvollen Ruhestand.**



Die gewaltige Geburtstagstorte beeindruckte auf ihre Art.

**Klaus Brülls: Politische Bildung gehört bei ihm einfach dazu.**

## Ich wollte lernen und verstehen. Das will ich noch immer

**Vielen Dank Andreas,** das ist natürlich sehr viel Anerkennung ... und was ich da alles geleistet habe, das wusste ich ja selbst nicht. Dafür erstmal vielen Dank. Aber auch noch eine kleine Anmerkung dazu.

Meine Auffassung ist, dass Geschäftsführer immer nur so gut sind, wie die Teams, die mitarbeiten und die mitmachen wollen. Ich hatte das Glück, mit Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten, die sich richtig ins Zeug legten, die das Bildungswerk zu ihrer Sache gemacht haben. Wenn mir jetzt so viele Komplimente entgegen gebracht werden, dann nehme ich die gerne auch für meine Kolleginnen und Kollegen entgegen. Dafür vielen Dank.

Jetzt möchte ich gerne noch zwei Fragen beantworten und auch etwas bisher Ungesagtes sagen. Die zwei Fragen sind die, die mir in den letzten zwei Monaten am häufigsten gestellt wurden. Die erste Frage: Freust du dich auf den Ruhestand? Das hat mich immer ein bisschen betroffen gemacht, weil ich dachte, können die sich gar nicht vorstellen, dass der nicht arbeitet? Ich kann euch aber ehrlich sagen, ich freue mich wirklich. Ich habe nicht mehr täglich eine drei- bis vierstündige Zugfahrt zwischen Aachen und Düsseldorf, was ich als wohltuend empfinde. Ich freue mich über eine Entschleunigung im Alltag, die ich in den letzten 14 Tagen schon erlebt habe und ich freue mich auf einen Oma/Opa-Tag mit meinen Enkeln.

Die zweite große Frage war immer: Was machst du denn jetzt mit deiner Zeit? Also das eine ist, wenn ich morgens auf der Strecke walke, auf der ich sonst samstags, sonntags unterwegs war, treffe ich jetzt natürlich viele Rentnerinnen und Rentner und bereits nach 14 Tagen habe ich es geschafft, dass die mich zurückgrüßen und auch als Rentner anerkennen.

Das andere ist, dass ich natürlich auch der politischen Bildungsarbeit erhalten bleibe. Ich habe zwei Dinge, die ich gerne anpacken möchte. Erstens: Es gibt in Aachener Moscheen einen Dialog zwischen Muslimen und Andersgläubigen. Ich mache mich im Moment erst kundig, aber da möchte ich mich gerne einbringen, weil ich das als bereichernd erlebe, ich will lernen und verstehen. Und ich glaube, dass solche Dialoge entscheidend und wichtig sind für Einzelne, aber auch für uns insgesamt.

Das Zweite, was mir durch den Kopf geht, ist ein historisches Projekt. Es gibt eine ganze Reihe von Seniorenarbeit in den Gewerkschaften; da laufen seit den 50er Jahren jede Menge Zeitzeugen rum. Wir haben immer wieder beklagt, dass wir die Zeitzeugen 1933 bis 1945 viel zu wenig befragt haben. Aber wir können jetzt einsteigen und mit Zeitzeugen darüber reden: Wie war das mit dem Wirtschaftswunder? Wie war das mit „mehr Demokratie wagen“ im Betrieb und was folgt eigentlich daraus für heute? Ich glaube, dass solche regionalen, betrieblichen Projekte die Möglichkeit bieten, einen wichtigen Beitrag für die Leitbilddiskussion der Gewerkschaften zu leisten. Weil man Leitbilder nur sinnvoll entwickeln kann, wenn die eigene Geschichte bekannt ist und eigene Traditionen eingebracht werden. Das sind die Dinge, die ich machen werde.

Ich will aber auch noch etwas Ungesagtes sagen: Ich glaube, dass wir im Alltagsgeschäft zu selten dazu kommen, für eine Arbeit danke zu sagen. Oft ist es ja so: Wenn keine Kritik kommt, waren wir richtig gut. Das würde ich heute gerne anders machen. Zu meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich ja schon was gesagt, nämlich ein herzliches Dankeschön. Das möchte ich gerne auf die Vorstände erweitern und auf die Revi-

soren, mit denen ich in den Jahren zusammenarbeiten konnte. Ob ich in den 90er Jahren mit einem Projekt kam und es um die Frage ging, darf man E-Lancer als Zielgruppe wählen oder nicht. Das galt, als ich mit dem Projekt kam, zusammen mit anderen, Hartz IV-Empfänger in den Landtag zu bringen und zur Diskussion mit dem MAIS zu führen und das galt auch bei einer bildungspolitischen Kampagne wie „Bildung stöhrt nur“.

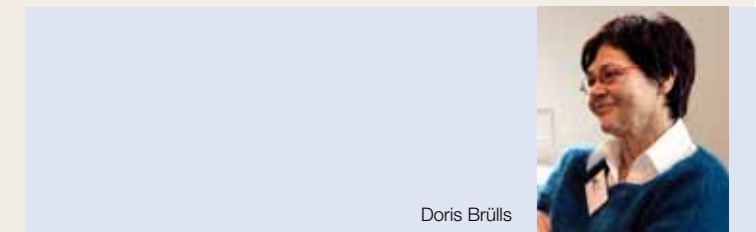
Vielen Dank möchte ich auch unseren Kooperationspartnern sagen. Die Kooperationspartner in den Gewerkschaften haben uns schlicht und einfach eine gute Arbeit ermöglicht, nah dran zu sein, an der Bildungsarbeit, sie voranzutreiben und sie zu modernisieren. Das war nur möglich, weil Ihr uns sehr viel Vertrauen geschenkt habt und uns massiv in dieser Arbeit unterstützt habt. Vielen Dank an alle gewerkschaftlichen Einrichtungen.

Frau Löhrmann bin ich sehr dankbar für die Diskussionsbereitschaft, die es immer gegeben hat und dasselbe möchte ich den Landtagsabgeordneten sagen. Wir haben immer offene Ohren gefunden und eine Möglichkeit, Probleme in den verschiedenen Facetten zu diskutieren. Bei der Bezirksregierung und bei der Landeszentrale für Politische Bildung habe ich die Erfahrung gemacht, dass jeder Brief, und später auch jede E-Mail, beantwortet wurde. Und dass ich zeitnah und schnell Unterstützung bekam, bei Fragen, die es zu klären galt – im Fördergeschäft gibt es immer eine ganze Reihe von Fragen zu klären.

Danken möchte ich noch meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Landesorganisationen. Das war ja nicht immer ganz einfach, wenn wir das eine oder andere Thema miteinander wälzten und einen Konsens finden mussten. Aber ich finde, es

ist ein politisches Unikum, dass es eine Einrichtung gibt wie den Gesprächskreis der Landesorganisationen, in dem die Landesorganisationen über Jahre, Jahrzehnte zusammenarbeiten, immer wieder zu einem Konsens finden, immer wieder ihre Interessen betreiben und Interessenarbeit nach vorne bringen. Das ging anfangs alles ohne Satzung, ohne Geschäftsordnung, die haben wir erst seit drei, vier Jahren.

Da war einfach der Wille zur gemeinsamen Interessenvertretung, der sich im Weiterbildungsgesetz, bei der Novellierung 2000, niederschlägt. Für diese manchmal auch mühselige Arbeit möchte ich mich gerne bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken.



Doris Brülls

Und natürlich möchte ich mich gerne bei meiner Familie bedanken. Das eine oder andere nimmt man zwangsläufig mit nach Hause, auch von den Sachen, die nicht nur Spaß machen.

In dem Sinne herzlichen Dank an Euch alle und für die Zukunft alles Gute.

Ein Punkt noch für die Zukunft: Es wäre einfach schön, wenn Ihr eine Teilnehmerliste und einen Kuli für mich bereit haltet, denn ich möchte doch weiter bei der politischen Bildung an dieser oder jener Sache teilnehmen. Vielen Dank.



DGB-Bildungswerk NRW e.V.  
Bismarckstraße 77  
40210 Düsseldorf  
Telefon: 0211 17523-149  
Telefax: 0211 17523-161  
info@dgb-bildungswerk-nrw.de  
www.dgb-bildungswerk-nrw.de